

*Programm der SPD Sachsen-Anhalt
zu den Landtagswahlen am 20. März 2011*

*beschlossen durch den ordentlichen Landesparteitag
am 9. Oktober 2010 in Dessau-Roßlau*

Klare Ziele. Sichere Wege.

Unser Programm für ein starkes und gerechtes Sachsen-Anhalt.



V.i.S.d.P.:

SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt

Ernst-Reuter-Haus

Bürgerstraße 1

39104 Magdeburg

20 Jahre Sachsen-Anhalt: viel erreicht, viel zu tun.	5
1 Bildung – Schlüssel für sozialen Aufstieg	8
1.1 Frühkindliche Bildung und Förderung	8
1.2 Öffnung des Schulsystems für längeres gemeinsames Lernen.....	9
1.3 Gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer für eine gute Schule	9
1.4 Größere Eigenständigkeit von Schulen	10
1.5 Bessere Bildungschancen durch bedarfsgerechte Förderung	10
1.6 Demokratiebildung in der Schule	11
1.7 Stärkung und Entwicklung der Hochschulen	11
1.8 Förderung der Wissenschaft	12
2 Gesunde Wirtschaft – Basis für Wohlstand	13
2.1 Effektive und effiziente Wirtschaftsförderung	13
2.2 Innovation und Kooperation	14
2.3 Standortpotenziale ausschöpfen	14
2.4 Das Handwerk stärken, Selbstständigkeit fördern.....	15
2.5 Sichere und saubere Energie	15
2.6 Tourismus in Sachsen-Anhalt.....	16
2.7 Für eine starke Landwirtschaft	17
3 Gute Arbeit – guter Lohn.	19
3.1 Fairer Lohn für Gute Arbeit	19
3.2 Ein sozialer Arbeitsmarkt für mehr Teilhabe und Beschäftigung.....	20
3.3 Jungen Menschen eine Perspektive geben.....	20
3.4 Fachkräftebedarf für die Zukunft sichern.....	21
3.5 Alternativen für Ältere entwickeln	21
3.6 Schwarzarbeit bekämpfen	22
3.7 Betriebs- und Personalvertretungen und deren Mitbestimmung stärken	22
4 Ein soziales Sachsen-Anhalt – Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt.	23
4.1 Unsere Familienpolitik: Gute Entwicklungschancen für Kinder und Jugendliche	23
4.2 Familiengerechte Arbeitswelt	24
4.3 Für ein zukunfts- und leistungsfähiges Gesundheitswesen.....	24
4.4 Den demographischen Wandel aktiv gestalten	25
4.5 Für eine aktive Gleichstellungspolitik.....	26
4.6 Chancengleichheit für Frauen im Erwerbsleben	27
4.7 Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderungen	27
4.8 Ehrenamt fördern - aktive Bürgergesellschaft entwickeln.....	28
4.9 Für die Stärkung des Verbraucherschutzes	28
4.10 Datenschutz effektiv durchsetzen – Medienkompetenz als informationelle Selbstverteidigung.....	29

5	Für ein lebenswertes und sicheres Sachsen-Anhalt.	30
5.1	<i>Solide Landes- und Kommunalfinanzen</i>	30
5.2	<i>Für einen attraktiven ländlichen Raum.....</i>	31
5.3	<i>Umwelt schützen - Natur bewahren</i>	31
5.4	<i>Für eine intelligente und nachhaltige Verkehrspolitik</i>	32
5.5	<i>Bürgernahe Wohnungs- und Städtebaupolitik</i>	33
5.6	<i>Kriminalität konsequent bekämpfen, ihren Ursachen vorbeugen</i>	34
5.7	<i>Für starke Feuerwehren</i>	34
5.8	<i>Bürgernahe Rechts- und Justizpolitik.....</i>	35
5.9	<i>Konsequent gegen Rechtsextremismus</i>	35
5.10	<i>Sachsen-Anhalt: Stark im Sport.....</i>	36
5.11	<i>Kulturland Sachsen-Anhalt erhalten</i>	36
5.12	<i>Sachsen-Anhalt braucht Zuwanderung, Integration und Vielfalt</i>	37
5.13	<i>Sachsen-Anhalt: Selbstbewusst mitten in Europa.....</i>	38
	Aufruf: Wählen gehen!	38

20 JAHRE SACHSEN-ANHALT: VIEL ERREICHT, VIEL ZU TUN.

20 Jahre sind seit der Wiedergründung des Landes Sachsen-Anhalt vergangen. 20 Jahre, in denen sich unser Land in vielerlei Hinsicht positiv entwickelt hat. 20 Jahre, in denen sich fleißige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, mutige Unternehmerinnen und Unternehmer, kompetente Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, engagierte Bürgerinnen und Bürger um den Wiederaufbau verdient gemacht haben.

In diesen zwei Jahrzehnten seit der friedlichen Revolution hat sich in Sachsen-Anhalt eine beachtliche Wirtschaftskraft entwickelt. Wer mit offenen Augen durch das Land fährt, wird feststellen, welche Fortschritte wir gemacht haben. Unsere Städte und Dörfer sind lebenswerter geworden, Natur und Kultur machen unser Land zu einem gefragten Reiseziel. Wir können stolz sein auf Sachsen-Anhalt, wir können auf 20 erfolgreiche Jahre für unser Land zurückblicken.

In diesen zwei Jahrzehnten war die SPD länger als jede andere Partei an der Landesregierung beteiligt – insgesamt 13 Jahre. Und gerade in der vergangenen Legislaturperiode, nach einer Phase schwarz-gelber Stagnation zwischen 2002 und 2006, hat Sachsen-Anhalt mit der SPD noch einmal einen deutlichen Sprung nach vorn gemacht:

- die Arbeitslosigkeit ist deutlich gesunken und trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise auf dem niedrigsten Stand seit 1992,
- die Wirtschaft ist bis zum Krisenjahr 2009 stetig gewachsen, viele neue Investitionen haben uns vorangebracht auf dem Weg zu einer selbsttragenden Wirtschaftsstruktur,
- durch die Umsetzung des Konjunkturpaketes II sind in der Krise in Sachsen-Anhalt viele Arbeitsplätze gesichert worden,
- in den Jahren 2007, 2008 und 2009 ist Sachsen-Anhalt ohne Neuverschuldung ausgekommen,
- unsere Hochschulen sind attraktiver und leistungsfähiger geworden, die Zahl der Studierenden ist auf Rekordniveau gestiegen,
- im Bereich der Kinderbetreuung konnten wir unseren Spitzenplatz im Bundesvergleich behaupten,
- Sachsen-Anhalt hat sich zum Land der erneuerbaren Energien entwickelt,
- Landes- und Kommunalverwaltungen haben sich weiter modernisiert und sind leistungsfähiger geworden,
- es gibt vielfältige Initiativen gegen Rassismus, Intoleranz und Rechtsextremismus.

Die SPD hat in der Landesregierung seit 2006 zuverlässig gute Arbeit geleistet. Wir waren und sind der Motor der Koalition. Insgesamt können wir eine positive Bilanz unserer bisherigen Regierungsarbeit ziehen, und dennoch: wenn wir auch viel erreicht haben, so sind wir noch lange nicht am Ziel.

- Denn es gibt noch viele Defizite: eine hohe Langzeitarbeitslosigkeit, zu wenig existenzsichernde Arbeitsplätze, Niedriglöhne, zu geringe Renten, Kinderarmut und Altersarmut.

Das zeigt: Es gibt ein Gerechtigkeitsdefizit in unserer Gesellschaft, von Chancengleichheit und gleichwertigen Lebensverhältnissen sind wir noch ein gutes Stück entfernt. Um hier voranzukommen, bedarf es sozialdemokratischer Antworten.

Für die weitere Regierungsarbeit sind wir gut gerüstet. Im Rahmen der Zukunftsdebatte Sachsen-Anhalt haben wir schon 2006 ein langfristiges Konzept für die Entwicklung unseres Landes vorgelegt. Die Eckpunkte dieses Konzeptes haben auch heute noch Gültigkeit:

- wirtschaftliche Entwicklung mit sozialer Gerechtigkeit verbinden,
- die Chancen auf gute Bildung und Ausbildung und auf einen existenzsichernden Arbeitsplatz für alle verbessern,
- den Sozialstaat zu einem vorsorgenden Sozialstaat weiterentwickeln, der Armut bekämpft, existenzsichernde Erwerbsarbeit ermöglicht und die Menschen befähigt, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten
- dem demografischen Wandel durch geeignete Anpassungsstrategien aktiv begegnen,
- den Fachkräftebedarf für die Zukunft sichern,
- solide wirtschaften und unser Land langfristig unabhängig machen von Finanztransfers.

Sachsen-Anhalt steht vor großen Herausforderungen. Die Krise hat ein großes Loch in alle öffentlichen Kassen gerissen, die finanziellen Spielräume sind kleiner geworden. Die verbliebenen Spielräume aber können und wollen wir durch gezielte Schwerpunktsetzung nutzen.

Wir versprechen nicht jedem alles. Aber das, was wir versprechen, können wir halten, weil wir es auch finanzieren können.

Zwischen 2011 und 2016 wollen wir die Entwicklung des Landes fortsetzen.

Wir werden:

- weiterhin in unsere Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen investieren, um jungen Menschen eine fundierte Ausbildung zu ermöglichen
- die Herausforderungen des demografischen Wandels als Querschnittsaufgabe aktiv annehmen
- weiterhin in die Wirtschaft und die Infrastruktur, insbesondere in die Netzinfrastruktur, investieren
- uns für Neuansiedlungen genauso einsetzen wie für den Erhalt der bestehenden Unternehmen
- die energetische Wende weg vom Atomstrom einleiten und Wege für die emissionsfreie Stromerzeugung im Zeitraum bis 2050 aufzeigen
- die bewährten Initiativen für Weltoffenheit und Toleranz fortsetzen und insbesondere den Rechtsextremismus weiterhin gezielt bekämpfen
- unser Land weiter öffnen für Zuwanderung und damit für neue Impulse aus aller Welt.

Das heißt: Fortsetzung guter Politik für Sachsen-Anhalt. Das allein aber wird nicht reichen, wenn wir uns mit den bestehenden Gerechtigkeitslücken nicht abfinden wollen. In unserem Regierungsprogramm nennen wir deshalb eine Vielzahl konkreter Vorhaben, die Sachsen-Anhalt gerechter machen:

im Bereich des Arbeitsmarktes:

- Bundesrats-Initiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes,
- Änderung des Landesvergabegesetzes, damit bei öffentlichen Aufträgen Lohndumping verhindert wird,
- Einstellung von jungen Menschen im öffentlichen Dienst,
- Neuorientierung der Arbeitsmarktpolitik, um Arbeitslosen bessere Perspektiven zu ermöglichen.

im Bereich Bildung und Soziales:

- Rückkehr zum Ganztagsanspruch in der Kinderbetreuung für alle Kinder, das heißt Novellierung des bestehenden Kinderförderungsgesetzes,
- Öffnung unseres Bildungssystems für Formen des längeren gemeinsamen Lernens gemäß den Beschlüssen des Bildungskonvents,
- perspektivisch eine einheitliche Rente in Ost und West. Bei allen Lösungsmodellen muss die Vermeidung von Altersarmut im Vordergrund stehen.

für den ländlichen Raum:

- Entwicklungsperspektiven für alle Regionen des Landes erhalten, deshalb: jede Region erhält eine Bestandsgarantie für mindestens eine Hochschule und ein Theater
- Arbeitsplätze sichern und schaffen, natürliche Lebensgrundlagen schützen und erhalten und eine angemessene Daseinsvorsorge gewährleisten

Eine Politik für mehr Gerechtigkeit, die gleichzeitig realistisch und finanzierbar ist, lässt sich nur mit einer starken SPD verwirklichen. Jens Bullerjahn steht als erfolgreicher SPD-Finanzminister für diese Politik.

Schwarz-Gelb, das hat die Zeit seit der Bundestagswahl gezeigt, ist dazu nicht in der Lage. Wer unrealistische Steuersenkungsversprechen abgibt, wer die Haushalte von Bund, Land und Kommunen dauerhaft schwächt, wer sich scheut, die Verursacher der Krise zur Verantwortung zu ziehen, der hat den Anspruch verspielt, das Land zu führen.

Die SPD Sachsen-Anhalt hat das klare Ziel, bei der Landtagswahl wieder die Nr. 1 zu werden und die CDU an der Spitze der Regierung abzulösen.

1 BILDUNG – SCHLÜSSEL FÜR SOZIALEN AUFSTIEG.

Eine gute Bildung und eine abgeschlossene Berufsausbildung sind für alle Menschen wesentliche Voraussetzungen für ein selbst bestimmtes und erfolgreiches Leben. Darüber hinaus ist ein hohes Bildungsniveau innerhalb der Gesellschaft die Grundlage einer stabilen Demokratie, eines funktionierenden Gemeinwesens und einer prosperierenden Wirtschaft.

Unser Ziel ist, in Sachsen-Anhalt ein sozial gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem zu schaffen. Es soll von der Kindertagesstätte über die Schule bis zur beruflichen Ausbildung oder zum Studium Jeder und Jedem zugänglich sein, unabhängig von der sozialen Herkunft.

Deshalb haben wir den Bildungskonvent initiiert. Alle erarbeiteten Empfehlungen wurden von einer breiten Mehrheit im Konvent getragen. Wir werden in Regierungsverantwortung unsere Bildungspolitik an den Beschlüssen des Bildungskonvents orientieren, ohne unser perspektivisches Ziel des längeren gemeinsamen Lernens für alle Schülerinnen und Schüler aus den Augen zu verlieren.

1.1 Frühkindliche Bildung und Förderung

Frühkindliche Bildung und Förderung bilden das Fundament individueller Bildungsbiografien. Um allen Kindern die Chance zur Teilhabe an gezielten Bildungsangeboten und damit Bildungs- und Lebenschancen zu ermöglichen, wollen wir die Handlungsempfehlungen des Bildungskonvents mit Angeboten der Jugendhilfe und Beratungsangeboten für Eltern verknüpfen.

- Wir werden das Kinderförderungsgesetz in der nächsten Legislaturperiode novellieren: Alle Kinder werden wieder – unabhängig von sozialer Herkunft und Beschäftigungsstatus ihrer Eltern – einen Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung in einer Kindertagesstätte von Geburt an erhalten.
- Unsere Kindertagesstätten stehen allen Kindern offen. Für uns ist das Konzept der Inklusion, das die unterschiedlichen Bedürfnisse der Kinder in den Mittelpunkt rückt und Vielfalt als Chance für Lern- und Bildungsprozesse begreift, das Leitbild für frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung. Für die Einstellung des dafür notwendigen Fachpersonals und die Umsetzung des Konzeptes der inklusiven Betreuung wollen wir sorgen.
- Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter sorgen wir für bedarfsgerechte Öffnungszeiten der Kindertagesstätten. Wir garantieren einen Personalschlüssel, der eine gute Bildung, Betreuung und Erziehung ermöglicht.
- Das Landesprogramm „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ ist systematisch weiterzuentwickeln und durch individuelle Konzepte der Kindertagesstätten und landesweite Bildungsstandards zu komplettieren. Dazu zählen auch die flächendeckende Weiterführung von Sprachstandserhebungen für Vier- bis Fünfjährige und eine verbesserte Vorbereitung auf den Übergang in die Grundschule.
- Die Ausbildungsstandards für Erzieherinnen und Erzieher, von denen künftig ein höherer Anteil einen akademischen Abschluss haben soll, werden erhöht. In diesem Zusammenhang soll das Ausbildungsangebot am Standort Stendal der Hochschule Magdeburg-Stendal zu einem Kompetenzzentrum „Frühkindliche Bildung“ ausgebaut werden. Wir werden zudem Konzepte und Projekte zur Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern aktiv unterstützen.

1.2 Öffnung des Schulsystems für längeres gemeinsames Lernen

In vielen europäischen Nachbarländern führt das längere gemeinsame Lernen – anders als das gegliederte Schulsystem in Deutschland – zu einer geringeren Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft sowie zu einer geringeren Streuung der Leistungen unter den Schülern. Es erlangen wesentlich mehr Schüler eine Hochschulzugangsberechtigung bzw. einen Hochschulabschluss. Längeres gemeinsames Lernen sichert gerade im ländlichen Bereich kurze Schulwege. Die SPD steht für die Sicherung des bestehenden Schulnetzes. Vor diesem Hintergrund wollen wir auch in Sachsen-Anhalt eine weitere Öffnung des Schulsystems, damit vor Ort auf freiwilliger Basis Gemeinschaftsschulen entstehen können.

- Ergänzend zum bestehenden Schulsystem wollen wir den Eltern, Schülern, Lehrkräften und Schulträgern mit der Gemeinschaftsschule ein neues Schulangebot unterbreiten und als gleichberechtigte Schulform schulgesetzlich verankern. Die Gemeinschaftsschule führt in der Regel die Klassenstufen 5 bis 12. Dort kann jeder allgemein bildende Abschluss einschließlich des Abiturs erworben werden. Diese Gemeinschaftsschulen sollen auf freiwilliger Basis durch Umwandlung bestehender Schulen entstehen. Die frühe Aufteilung der Schülerinnen und Schüler in die einzelnen Bildungsgänge nach der vierten Klasse soll innerhalb der Gemeinschaftsschule aufgehoben werden.
- Wir wollen die Kooperationen von Sekundarschulen und Gymnasien im Rahmen von Schulverbänden unter einem Dach, vor allem im ländlichen Raum, deutlich ausweiten. Solche Kooperationen sollen sowohl einen schulformübergreifenden Lehrereinsatz als auch Formen der gemeinsamen Unterrichtung von Schülerinnen und Schülern ermöglichen.
- In Vorbereitung der Entstehung von Gemeinschaftsschulen wollen wir alle Sekundarschulen aufwerten und deren Profil erweitern. Sie sollen verbindlich mit berufsbildenden Schulen und Wirtschaftsunternehmen zusammenarbeiten, indem z.B. verstärkt Informationstage in der Praxis für Schülerinnen und Schüler angeboten werden. Die Durchlässigkeit zum Gymnasium muss verbessert werden.
- Wir werden den auf den Hauptschulabschluss bezogenen Unterricht aufheben. Die Möglichkeit zur Erlangung eines Hauptschulabschlusses bleibt bestehen. Wir wollen unsere Schulen im Hinblick auf Unterricht und Ausstattung derart gestalten, dass jede Schülerin und jeder Schüler zu einem Schulabschluss befähigt wird.
- Wir wollen die freie Elternentscheidung bei der Schulformwahl gewähren und die Verbindlichkeit der Schullaufbahneempfehlung nach der Klassenstufe 4 aufheben.

1.3 Gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer für eine gute Schule

Durch die stabile Schülerzahl in den nächsten Jahren haben alle Lehrerinnen und Lehrer eine Beschäftigungsperspektive in Vollzeitätigkeit. Viele werden aber in den nächsten Jahren altersbedingt ausscheiden. Wir werden daher künftig wesentlich mehr Lehrerinnen und Lehrer einstellen, auch um anspruchsvolle Bildungsziele zu erreichen.

- Die Einstellungskorridore für junge Lehrkräfte werden wir deutlich erweitern. Darüber hinaus wollen wir qualifizierte Zugangsmöglichkeiten für Quereinsteiger schaffen. Grundlage dafür muss ein langfristig angelegtes Stellenbudget für den Schulbereich sein.
- Die SPD wird bedarfsgerechte Ausbildungskapazitäten für die Lehrerbildung schaffen und dafür sorgen, dass unsere Lehramtsabsolventen im Anschluss einen Referendariatsplatz und nach erfolgreichem Abschluss eine Stelle im Schuldienst des Landes erhalten.

- Wir wollen das Ansehen und damit die Attraktivität des Lehrerberufes steigern und die Lehramtsausbildung inhaltlich und strukturell verbessern. Wir werden darauf hinwirken, dass die Lehrerausbildung stärker schulstufen- und schulformübergreifend erfolgt, einen stärkeren Praxisbezug erhält und die Referendarzeit verkürzt wird. Zudem wollen wir ein pädagogisches Orientierungspraktikum vor Beginn eines Lehramtsstudiums anbieten. Schwerpunkte in der Lehramtsausbildung sollen neben der Fachausbildung unter anderem sein: intensivere Fachdidaktik, Problemdiagnostik und -intervention, soziale Interaktionen.
- Wir bekennen uns klar zur erfolgreichen Arbeit der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen. Deshalb setzen wir uns für eine bedarfsgerechte Stellenzahl entsprechend der Weiterentwicklung des Schulsystems und die Entwicklung zielgerichteter Ausbildungsmöglichkeiten ein.

1.4 Größere Eigenständigkeit von Schulen

Schulen brauchen eine größere Eigenständigkeit. Wir werden die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass alle Schulen stärker eigenverantwortlich agieren können.

- Wir wollen, dass die Schulen deutlich mehr Entscheidungsrechte bei der Gestaltung der Schul- und Unterrichtsorganisation erhalten. Schulen sollen künftig flexibler mit den Stundentafeln umgehen können und insbesondere bei der Ausschreibung von Stellen und der Auswahl der Bewerber ein größeres Mitspracherecht erhalten. Die Einstellung von Lehrkräften soll grundsätzlich im Benehmen mit der Schule erfolgen.
- Wir werden die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Schulen mit einem Budget arbeiten können. Dazu zählt u.a. auch ein Personalkostenbudget, um z.B. bei kurzfristigen Personalausfällen Honorarverträge abschließen zu können.
- Wir streben eine Fortsetzung der EU-Programme zur Sanierung und Ausstattung von Schulen nach 2013 an.

1.5 Bessere Bildungschancen durch bedarfsgerechte Förderung

Ganztagsschulen können auf der Grundlage ihrer besonderen pädagogischen Konzepte und des erweiterten Zeitrahmens einen wesentlichen Beitrag zur besseren individuellen Förderung von Kindern und Jugendlichen leisten und ihnen damit bessere Bildungschancen eröffnen.

- Wir wollen mehr Ganztagsschulen.
- Schulsozialarbeit und die Arbeit des Schulpsychologischen Dienstes, der personell verstärkt werden soll, sind für uns wichtige Bestandteile der schulischen Arbeit.
- Wir wollen den gemeinsamen Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf schrittweise zur bevorzugten Form der Förderung entwickeln und damit den Weg zu einem inklusiven Schulsystem beschreiten. Dazu benötigen wir die Kompetenz unserer Förderpädagogen und die entsprechenden räumlichen und sächlichen Voraussetzungen in den allgemein bildenden Schulen.
- Abschlussgefährdeten Schülerinnen und Schülern soll mit dem Produktiven Lernen auch weiterhin eine Alternative geboten werden, die einen Schulabschluss und eine gute Startchance in die Berufsausbildung bietet.
- Schulversagen wollen wir durch frühzeitige und wirkungsvolle Maßnahmen innerhalb der Schule verhindern.

1.6 Demokratiebildung in der Schule

Wir wollen die Schule stärker zu einem erlebbaren Ort der Demokratie machen. Dazu brauchen Kinder und junge Menschen ausreichend Möglichkeiten, demokratische Verfahren zu erlernen und selbst demokratische Entscheidungen zu treffen.

- Wir wollen die Mitwirkungsrechte von Schülern und Eltern stärken. Wichtige schulische Entscheidungen in der Gesamtkonferenz können mit Zwei-Drittel-Mehrheiten getroffen werden. Die Schulen sollen die Möglichkeit bekommen zu entscheiden, ob sie ihre Gesamtkonferenzen künftig nach dem Prinzip der Drittelparität zusammensetzen.
- Politische Bildung soll über das Fach Sozialkunde hinaus ein fester Bestandteil der allgemeinen Bildungs- und Erziehungsarbeit in der Schule werden. Schülerinnen und Schüler müssen Demokratie üben, um sie zu lernen. Dies soll den direkten Kontakt mit politischen Entscheidungsträgern einschließen. Projekte wie die Durchführung der Juniorwahl an Schulen unterstützen wir deshalb nachdrücklich.
- Die Landeszentrale für politische Bildung und ähnliche Institutionen sollen an der Demokratiebildung in den Schulen stärker beteiligt werden.
- Medienkompetenz ist eine unverzichtbare Schlüsselqualifikation in unserer demokratischen Gesellschaft. Kinder und Jugendliche müssen im Umgang mit den neuen Medien besser geschult und angeleitet werden. Für alle Schulformen soll daher ein fächerübergreifender Lehrplan erarbeitet werden, der festlegt, welche Medienkompetenzen die Schülerinnen und Schüler in den einzelnen Klassenstufen besitzen sollen.
- Die bisherige Struktur der Schülervertretung bedarf einer Vereinfachung, Entscheidungsmöglichkeiten sollen erweitert werden.
- Wir werden internationale Schulpartnerschaften und Schüleraustausch intensiver unterstützen, um die soziale und kulturelle Kompetenz unserer Kinder zu fördern.

1.7 Stärkung und Entwicklung der Hochschulen

Unsere Hochschul- und Forschungseinrichtungen sind ein Schlüsselfaktor für die Entwicklung des Landes. Wir wollen sie daher weiter stärken und entwickeln. Der Zugang zum Studium an den Hochschulen in Sachsen-Anhalt und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses dürfen nicht von der sozialen Herkunft junger Menschen und vom Geldbeutel ihrer Eltern abhängen.

- Die SPD wird für eine verlässliche und aufgabengerechte Finanzierung der Hochschulen über 2013 hinaus sorgen.
- Mit der SPD wird es auch zukünftig keine Gebühren für ein Studium bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss und in einem weiteren, darauf aufbauenden Masterstudiengang geben.
- Wir werden die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses intensivieren. Dafür wollen wir die Landesgraduiertenförderung ausbauen, die Rahmenbedingungen für kooperative Promotionsverfahren verbessern und kooperative Graduiertenkollegs zwischen Universitäten und Fachhochschulen fördern. Dabei muss im Rahmen des Budgets ein besonderes Augenmerk auf die Einhaltung von Mindeststandards bei der materiellen und personellen Ausstattung der Lehrstühle, insbesondere zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, gelegt werden.
- Der Bologna-Prozess muss konsequent weiterentwickelt werden. Wir brauchen flexiblere Studienstrukturen, d.h. vergleichbare Bachelor-Studiengänge, stärkere Wahlmöglichkeiten von Seminaren und Vorlesungen, weniger Verschulung und eine einheitliche Berechnung der Leistungspunkte (ECTS).

- Wir werden im Zusammenwirken mit den Hochschulen die Voraussetzungen dafür gewährleisten, dass Sachsen-Anhalt weiterhin Mittel aus dem Hochschulpakt 2020 erhält und die Plätze für Studienanfänger im ersten Hochschulsesemester wie gefordert aufrechterhält.
- Um die künftigen Bedarfe an qualifizierten Fachkräften und Hochschulabsolventinnen und –absolventen – auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklungen – zu sichern, wollen wir, dass noch mehr junge Leute aus Sachsen-Anhalt an unseren Hochschulen studieren. Deshalb streben wir die Erhöhung der Studierquote, erweiterte Möglichkeiten zur Erlangung einer Hochschulzugangsberechtigung sowie einen größeren Umfang von Teilzeitstudienangeboten an unseren Hochschulen an.
- Wir unterstützen die Hochschulen des Landes auch in ihrem Bemühen, den Anteil von Studierenden aus den alten Bundesländern sowie von ausländischen Studierenden zu erhöhen.

1.8 Förderung der Wissenschaft

Die Hochschulen haben zusammen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie Wirtschaftsunternehmen exzellente Forschungsschwerpunkte gebildet. Mittlerweile verfügt Sachsen-Anhalt über ein Netzwerk wissenschaftlicher Exzellenz, das höchsten nationalen und internationalen Ansprüchen genügt.

- Die SPD wird diese Offensive zur Förderung von Netzwerken wissenschaftlicher Exzellenz in der grundlagen- und anwendungsorientierten Forschung fortführen und unterstützen.
- Die SPD wird die vorhandene wissenschaftliche Infrastruktur sichern. Dazu werden wir das Perspektivprogramm Hochschulbau 2020 weiter entwickeln und umsetzen. Wir wollen die außeruniversitären Einrichtungen stärken und setzen uns für die Ansiedlung weiterer Institute ein.
- Mit uns wird es keine Privatisierung der Universitätsklinika geben. Strategische Partnerschaften und Kooperation müssen sorgfältig geprüft werden. Wir werden das Hochschulmedizingesetz unter Berücksichtigung der Evaluationsempfehlungen des Wissenschaftsrates novellieren.
- Die SPD steht für eine nachhaltige Frauenförderung in Forschung und Lehre. Wir werden die Hochschulen dabei unterstützen, den Frauenanteil am wissenschaftlichen und künstlerischen Personal, insbesondere bei den Professuren, dauerhaft zu erhöhen.

2 GESUNDE WIRTSCHAFT – BASIS FÜR WOHLSTAND.

Eine stabile Wirtschaft ist die Basis für gesellschaftlichen Wohlstand. Dabei gilt für Sozialdemokraten der Grundsatz: Die Wirtschaft soll dem Menschen dienen, nicht der Mensch der Wirtschaft. Unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit und Effizienz soll unsere Wirtschaftspolitik für Unternehmen und Unternehmer planbar und zuverlässig sein. Die wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen-Anhalt hat in den vergangenen Jahren einen positiven Trend gezeigt. Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist gestiegen.

Die Branchenstruktur Sachsen-Anhalts wird geprägt vom Produzierenden Gewerbe. Vor allem die Chemieindustrie, die Ernährungsindustrie und der Maschinenbau, aber auch die Produktion von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie, Steine- und Erden Industrie und zunehmend der Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie tragen zur guten Beschäftigungs- und Umsatzentwicklung im Land bei.

Allerdings gibt es nach wie vor Defizite in der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt und für eine dauerhaft robuste wirtschaftliche Entwicklung und ein größeres Angebot an Arbeitsplätzen fehlen stabile industrielle Netzwerke, sogenannte Wirtschaftskluster.

Durch gezielte Wirtschaftsförderung wollen wir zur Stärkung unserer Wirtschaftsstandorte beitragen und insbesondere erreichen, dass durch bessere Verknüpfung von Forschungseinrichtungen und potenziellen Produzenten in unserem Bundesland neue und sichere Arbeitsplätze entstehen.

2.1 Effektive und effiziente Wirtschaftsförderung

Die Bündelung verschiedener Produktionsschritte entlang der gesamten Wertschöpfungskette – von der Forschung und Entwicklung von Produkten und Technologien über die Bereitstellung von Vorprodukten bis zum Vertrieb fertiger Produkte – ist heute mehr denn je die Grundlage für einen innovativen und beständigen Wirtschaftsstandort mit Zukunftschancen.

- Die SPD setzt auf die gezielte Förderung von Wirtschaftsklustern in Sachsen-Anhalt.
- Wir wollen eine Wirtschaftsförderung, die von Effektivität und Effizienz gekennzeichnet ist und sich auf Wirtschaftsbereiche konzentriert, die am stärksten zum Wachstum der Wirtschaftskraft und der Entstehung von Arbeitsplätzen beitragen.
- Unter dem Aspekt zurückgehender Finanzmittel muss die konkrete Definition der Ziele der Förderung stärker an Gewicht gewinnen. Dabei sollten alle verfügbaren Fördermittel und die Finanzierungsinstrumente (Darlehen, Bürgschaften, Beteiligungen und Zuschüsse) zusammengeführt und gemäß den definierten Förderschwerpunkten gezielt eingesetzt werden. Bestehende Förderprogramme werden wir auf ihre Wirksamkeit prüfen, gegebenenfalls anpassen und ihre Nutzung für Unternehmen erleichtern. Ein besonderer Schwerpunkt der Förderung soll auf Unternehmen gelegt werden, die nachhaltig wirtschaften.
- Die zentrale Servicestelle für Unternehmen und Investoren bei der Investitionsbank (IB) soll erhalten bleiben, um über die Beratung zu Fördermöglichkeiten hinaus auch bei der Realisierung von Fördermaßnahmen Unterstützung zu gewähren. Die Schaffung revolvingierender Fonds wirkt sich positiv auf künftige finanzielle Handlungsspielräume aus. Solche revolvingierenden Fördervermögen werden von der SPD als maßgeblicher Beitrag zu einer nachhaltigen und soliden Finanzpolitik gesehen und sollen künftig verstärkt zum Einsatz kommen.

2.2 Innovation und Kooperation

Innovationsfähigkeit ist ein wesentliches Merkmal langfristig erfolgreicher Wirtschaftscluster, liegt doch eine der größten Chancen für eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung und die Entstehung neuer Arbeitsplätze in der Entwicklung innovativer Produkte und deren Umsetzung in der einheimischen Wirtschaft. Trotz guter Fortschritte im Bereich Forschung und Entwicklung müssen weitere Innovationspotenziale in Sachsen-Anhalt erschlossen werden.

- Die SPD fördert eine starke Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft, die Optimierung des Wissens- und Technologietransfers von Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu Unternehmen und den Ausbau von Forschungsnetzwerken.
- Bei Existenzgründungen wollen wir vor allem technologieorientierte Unternehmen fördern. Für das Gründerland Sachsen-Anhalt wird die SPD bürokratische Hürden für Existenzgründungen reduzieren und Informationen für Existenzgründer transparenter bereitstellen.
- Die Beratung in der Startphase einer Existenzgründung muss auf die individuellen Bedürfnisse zugeschnitten sein. Gründungsvorhaben im Bereich innovativer Technologien müssen eine gezielte und passgenaue finanzielle Unterstützung erhalten.
- Mit Programmen für produktspezifische Markteinführungsstrategien werden wir die Voraussetzungen für die Umsetzung der Forschungs- und Entwicklungsleistungen zu marktrelevanten Produkten schaffen.
- Für die wirtschaftliche Leistungskraft unserer Unternehmen ist ein umfassender Bürokratieabbau notwendig. Die Landesverwaltung soll dazu in Kooperation mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern die bestehenden Rechtsvorschriften und Regelungen auf den Prüfstand stellen und einen Maßnahmenkatalog zur Entbürokratisierung entwickeln.
- Für den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien wollen wir die landesspezifischen Verordnungen und Richtlinien überarbeiten und auf die Entwicklung einer neuen, mittelständisch geprägten Energiewirtschaft ausrichten.
- Die technische Entwicklung im Bereich der Neuen Medien bedingt auch eine Veränderung der Medienlandschaft. Wir wollen deshalb das Mediengesetz und das Pressegesetz des Landes überprüfen und sie entsprechend anpassen.

2.3 Standortpotenziale ausschöpfen

Der Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt ist durch eine sehr gute Infrastruktur, ein hohes Potenzial an qualifizierten Arbeitskräften, eine innovative Forschungslandschaft, ein attraktives Flächenangebot für Industrie- und Gewerbeansiedlungen, gute Fördermöglichkeiten und hohe Lebensqualität gekennzeichnet. Diese Potenzial unseres Landes müssen jedoch besser ausgeschöpft werden.

- Um die Potenziale des Landes bekannter zu machen und weitere Investoren für den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt zu gewinnen, setzt sich die SPD für die Weiterentwicklung des Standortmarketings ein.
- Die Kooperation zwischen der Wirtschaftsförderung des Landes und den Kommunen muss verbessert werden. Wichtig ist dies vor allem in punkto Vermarktung der Grundstücksflächen für Unternehmensansiedlungen.
- Sachsen-Anhalt hat noch immer eine relativ geringe Exportquote. Für größere Chancen auf globalen Märkten müssen Exporte innovativer Produkte aus Sachsen-Anhalt erhöht werden. Uns ist wichtig, dass die Unternehmen unserer Region die relevanten ökonomischen und rechtlichen Informationen über wichtige Absatzmärkte für sachsen-anhaltische Produkte erhalten. Wir wollen den Dialog mit den Unternehmen und Branchengespräche intensivieren.

- Die SPD weiß um die Bedeutung einer nachhaltigen Versorgung der Volkswirtschaft mit Rohstoffen und Baustoffen für langfristige Planungssicherheit. Die Investitionssicherheit der Industrie muss parallel zur fairen Abstimmung verschiedener Raumnutzungsansprüche gewährleistet werden.

2.4 Das Handwerk stärken, Selbstständigkeit fördern

Das Handwerk ist ein wichtiger Garant für Wachstum, Beschäftigung und Ausbildung im Land. Es steht für eine solide kleinbetriebliche Struktur, gewachsene Familienunternehmen und regionale Bodenhaftung. Wir schätzen die Bedeutung des Handwerks für unser Land sehr hoch ein. Jede auf Vollerwerb ausgerichtete, selbstständige Existenz leistet einen erheblichen Beitrag für unsere Volkswirtschaft und verdient daher unsere Unterstützung.

- Das Handwerk soll weiter von Zukunftsinvestitionen und Investitionen in die Infrastruktur profitieren.
- Wir wollen eine Verbesserung der Zahlungsmoral. Dabei muss die öffentliche Hand eine Vorreiterrolle einnehmen.
- Mehr und mehr Betriebe stehen altersbedingt vor der Frage „Aufgabe oder Übergabe“. Wir unterstützen die Fortführung dieser Betriebe durch junge Handwerkerinnen und Handwerker bzw. Meisterinnen und Meister. Dazu werden wir entsprechende Informationsplattformen bereitstellen und Netzwerke fördern.
- Der Technologietransfer zwischen Handwerksunternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen muss verstärkt werden.
- Wir wollen eine handwerksgerechte Ausschreibung und Vergabe von öffentlichen Bau- und Dienstleistungen. Teilausschreibungen sind nach Gewerken vorzunehmen.
- Wir wollen das duale Ausbildungssystem im Interesse des Handwerkes stärken, um den Fachkräftebedarf für die Zukunft zu sichern.
- Wir wollen weniger Bürokratie im Interesse des Handwerks und seiner Beschäftigten.

2.5 Sichere und saubere Energie

Energie ist die Lebensgrundlage unserer Zivilisation und eine Grundvoraussetzung für unsere moderne Wirtschaft. Dabei müssen sowohl die Bereitstellung als auch die Herstellung gesichert werden.

- Wir wollen, dass Energie bezahlbar bleibt! Das ist vorrangig eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, aber auch eine Frage der Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts. Wir fordern mehr Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt, der niedrigere Verbraucherpreise ermöglicht, und mehr Transparenz bei den Betriebskostenabrechnungen für den Schutz der Verbraucher. Wir halten es zudem für sinnvoll, die Stromnetze unter staatlicher Aufsicht in einer Deutschen Netz AG zusammenzuführen.
- Braunkohle ist zurzeit ein wichtiger heimischer Energieträger. Auf absehbare Zeit kann auf ihre Nutzung zur Energiegewinnung nicht verzichtet werden. Braunkohle stellt für uns einen Übergang in das Zeitalter der erneuerbaren Energien dar. Der einheimische Rohstoff Braunkohle ist langfristig zu wertvoll, um in Kraftwerken verbrannt zu werden. Deshalb unterstützen wir die Forschung und Entwicklung zu ihrer modernen stofflichen Verwertung in der chemischen Industrie.
- Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) muss Standard für moderne Kraftwerke sein. So sind moderne Kraftwerke für uns nur dezentral und mit dem entsprechenden Einsatz von KWK zulässig. Die Forschung zur Kraft-Wärme-Kopplung ist weiterhin zu unterstützen, die Förderung muss fortgeführt werden.

- Der Ausstieg aus der Atomkraft ist alternativlos. Längere Laufzeiten der Atomkraftwerke blockieren Investitionen und den Ausbau erneuerbarer Energien und sind für uns absolut inakzeptabel.
- Die Sicherstellung einer stabilen Stromversorgung bleibt eine große Herausforderung. Daher treten wir für gezielte Forschungen im Bereich der Energiewirtschaft und der Speichermedien an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen unseres Landes ein.
- Wir haben Zweifel an der Zukunftsfähigkeit der CO₂-Speicherung, werden aber die entsprechende Forschung (CCS) kritisch begleiten, da es im Zusammenhang mit prozessbedingten Emissionen in der Industrie bisher keine Vermeidungsperspektive gibt.
- Sachsen-Anhalt ist als „Land der erneuerbaren Energien“ ein Vorreiter bei der Energiewende. Bis zum Jahr 2025 sollen 50 Prozent der Energieversorgung des Landes durch einen nachhaltigen Mix erneuerbarer Energien abgedeckt werden. Dafür wollen wir z.B. die Voraussetzungen für die Modernisierung bzw. den Austausch von Windkraftanlagen schaffen.
- Die SPD steht für mehr Energieeffizienz. Deshalb wollen wir ein Netz von unabhängigen Energieberatungsstellen für Verbraucher schaffen.
- Wir unterstützen regional wirksame „100%-Erneuerbare-Energien-Vorreiterkommunen“ als Modell für andere Kommunen. Dabei haben wir auch die Stärkung der Stadtwerke als dezentrale Energieversorger im Blick. Zudem unterstützen wir die Einführung von kommunalen Energiemanagementsystemen und die Weiterentwicklung des Gebäude-Energiepasses.
- Das Land soll eine Vorbildfunktion übernehmen. Deshalb werden wir die Nutzung von erneuerbaren Energien und Maßnahmen zur Energieeinsparung in Einrichtungen des Landes wirkungsvoll vorantreiben.
- Auf die Vermittlung von Umwelt- und Energiekompetenz in der schulischen Bildung legen wir großen Wert.
- Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) muss mit Augenmaß weiterentwickelt werden. Hierbei sind für uns die Vorrangregelung zur Einspeisung von Erneuerbaren Energie sowie die Planbarkeit wichtige Eckpfeiler einer nachhaltigen Energiewirtschaft. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass alle Bundesländer an den Kosten für den notwendigen Ausbau der Energienetze beteiligt werden.
- Wir wollen im Zusammenhang mit dem Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz die Möglichkeit schaffen, Biomethan für die rein thermische Nutzung in Gebäuden zuzulassen. Zudem ist für uns die effiziente Nutzung von biogenen Rest- und Wertstoffen unabdingbar, um einer einseitigen Ausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion vorzubeugen.
- Für eine Bündelung der energiepolitischen Angebote und Programme auf Bundes- und Landesebene wird die SPD eine Energieagentur zur direkten fachlichen Anlaufstelle mit regionaler Anbindung einrichten.
- Die SPD wird Pilotprojekte im Energiebereich weiterhin unterstützen.

2.6 Tourismus in Sachsen-Anhalt

Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im Land Sachsen-Anhalt. Daher müssen das Tourismusprofil Sachsen-Anhalts und das Themenmarketing geschärft werden.

- Die SPD will bis Ende 2011 die Rahmenbedingungen für die Tourismuswirtschaft verbessern und die Tourismuskonzeption sowie den Masterplan Tourismus weiterentwickeln. Als Ergebnis soll eine touristische Image-Kampagne mit dem Ziel aufgelegt werden, den Bekanntheitsgrad Sachsen-Anhalts weiter zu verbessern und so die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Tourismusbereich zu ermöglichen.

- Die SPD wird sich dafür einsetzen, die Kulturschätze des Landes national und international noch bekannter zu machen. Dazu müssen die Landespräsentationen verbessert und Kompetenzen gebündelt werden. Mit dem anwachsenden Kulturtourismus kommt der Kultur als Wirtschafts- und Standortfaktor eine immer stärkere Rolle zu.
- Wir wollen Sachsen-Anhalt zu einem „Aktivland“ mit einem naturnahen, sanften Aktivtourismus weiterentwickeln. Die SPD wird daher die Entwicklung von rad- und wandertouristischen Angeboten unterstützen und die Infrastruktur der Wanderwege und des Radwegenetzes nachhaltig verbessern.
- Die SPD strebt eine Weiterentwicklung des Landestourismus zum Qualitätstourismus an. Dazu gehören neben dem Aktiv- (Wandern, Rad und Wasser) und Kulturtourismus der Wellness- und Gesundheitstourismus. Dazu wollen wir die Entwicklung generationsübergreifender Angebote sowie den Ausbau von Angeboten barrierefreier Verkehrsmittel, Freizeiteinrichtungen, Gaststätten und Hotels befördern.
- Wir stehen für den Ausbau der touristischen Infrastruktur und eine schwerpunktorientierte Förderpolitik, die sich auch auf den Ausbau von Ganzjahresangeboten orientiert.
- Wir wollen eine Modernisierung der Ausbildungsberufe im Tourismus und den Ausbau der touristischen Studiengänge.

2.7 Für eine starke Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist in einem Flächenland wie Sachsen-Anhalt ein wichtiger Wirtschaftszweig. Sie schafft nicht nur Arbeitsplätze und sichert die Versorgung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln, sie leistet auch einen entscheidenden Beitrag zur nachhaltigen Sicherung der Bodenfunktion und der Wasserhaushalte, für den Tierschutz und zur Erhaltung der Biodiversität sowie zum Klimaschutz. Diesen Beitrag werden wir unterstützen und stärken.

- Mit dem zielgenauen Einsatz von EU-Geldern wird die leistungsstarke sachsen-anhaltische Landwirtschaft auch künftig unterstützt. Wir befürworten die Übernahme der bisher bundeseigenen BVVG-Flächen in Landeseigentum, um unseren Landwirtschaftsbetrieben bessere Konditionen bei Landerwerb oder Pacht bieten zu können.
- Mit der Bildung eines Flächenpools soll eine Optimierung der Flächeninanspruchnahme erfolgen. Dies ermöglicht den schonenden Umgang mit Agrarflächen.
- Die Versiegelung von Flächen wird durch ein intelligentes Flächenmanagement reduziert. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sollen vorrangig zur Entsiegelung von Flächen dienen. Die Erschließung von Industriebrachen und innerstädtischen Gewerbeflächen für Unternehmensansiedlungen genießt Vorrang vor der Nutzung der "grünen Wiese" oder wertvoller Ackerflächen.
- Wir stehen für die weitere Förderung des ökologischen Landbaus. Überdimensionierte Tiermast-Anlagen hingegen lehnen wir ab, weil sie unzumutbare Belastungen für Landbevölkerung und Tourismus bedeuten.
- Wir treten dafür ein, dass ökologisch wirtschaftende Landwirtschaftsbetriebe entsprechend den von der rot-grünen Bundesregierung geschaffenen gesetzlichen Grundlagen einen umfassenden Schutz vor dem ungewollten Eindringen gentechnisch veränderter Produkte in ihre Anbau- und Produktionsabläufe erhalten.
- Wir setzen uns für eine vielfältig strukturierte, den Standorten angepasste multifunktionale Landwirtschaft ein. Besonderen Wert legen wir dabei auf die regionalen Wirtschaftskreisläufe. Die Landwirtschaft muss in die ländliche Gemeinschaft eingebunden und auf die Sicherung der Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen ausgerichtet sein. Für die SPD definiert sich eine nachhaltige Landwirtschaft an der Art und Weise der Bewirtschaftung und des verantwortungsbewussten Handelns der Landwirte. .

- Wir unterstützen den weiteren Ausbau des Agrarmarketings für landwirtschaftliche Produkte und Erzeugnisse der Ernährungswirtschaft, weil es unmittelbar zur Arbeitsplatzsicherung und Einkommenssteigerung beiträgt. Dabei stehen Produktdifferenzierung, Qualität, Erhöhung der Wertschöpfung und Regionalvermarktung im Mittelpunkt.
- Die SPD Sachsen-Anhalt unterstützt das europäische Agrarmodell einer flächendeckend wirtschaftenden und multifunktional ausgerichteten Landwirtschaft, die dem Ziel einer ressourcenschonenden Produktionsweise verpflichtet ist.
- Wir lehnen grundsätzlich den Verkauf von Landeswald ab. Das Landeszentrum Wald (LZW) wollen wir zu einem gemeinsamen Kompetenzzentrum als Anstalt öffentlichen Rechts zur Bündelung der Aufgaben aller Eigentumsformen des Waldes und der Forstwirtschaft weiterentwickeln. Dafür ist eine Zusammenführung des LZW mit dem Landesforstbetrieb (LFB) erforderlich.

3 GUTE ARBEIT – GUTER LOHN.

Gute Arbeit ist für uns die zentrale Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit. Der weitere Abbau der Arbeitslosigkeit bleibt deshalb die größte politische und gesellschaftliche Herausforderung. Wir brauchen in Sachsen-Anhalt mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze sowie eine zielorientierte und aktivierende Arbeitsmarktpolitik.

Gute Arbeit bedeutet für uns: Faire Löhne, von denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien leben können. Wir wollen prekäre Beschäftigung in jeder Form überwinden und den Missbrauch von Leih- und Zeitarbeit unterbinden. Die Niedriglohnstrategie der vergangenen Jahre ist zum Standort- und Konkurrenznachteil geworden. Das zeigt sich besonders deutlich, wenn es gilt, Fachkräfte im Land zu halten.

Die Fachkräftesicherung ist in den nächsten Jahren das entscheidende Thema für die wirtschaftliche Zukunft Sachsen-Anhalts. Für uns ist deshalb klar: Jede Schulabgängerin und jeder Schulabgänger muss in Sachsen-Anhalt die Chance auf einen Ausbildungsplatz und später auf einen Arbeitsplatz haben.

3.1 Fairer Lohn für Gute Arbeit

Niedriglöhne sind kein Zukunftsmodell für Sachsen-Anhalt. Wir wollen stattdessen Gute Arbeit. Das heißt: Faire Löhne, von denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihre Familien auskömmlich leben können, Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, Stärkung der Tarifautonomie.

- Versicherungspflichtige Normalarbeitsverhältnisse müssen die Regel sein. Wir sprechen und deshalb gegen die Erhöhung der Zuverdienstmöglichkeiten für Empfänger von Arbeitslosengeld II (ALG II) aus und werden gegen den Missbrauch von Zeit- und Leiharbeit vorgehen.
- Wir wollen flächendeckende Mindestlöhne. Dabei haben branchenbezogene Mindestlöhne Vorrang, wenn sie über dem Mindestlohn liegen. Fehlen dafür die Voraussetzungen, soll ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt werden. Mindestlöhne müssen in Ost- und Westdeutschland die gleiche Höhe haben.
- Wir befürworten eine offensivere Anwendung der Allgemeinverbindlicherklärung, damit tarifliche Mindestbedingungen auch auf nichttarifgebundene Betriebe angewandt werden müssen. Gegen Lohndumping wollen wir das Entsendegesetz über die bisherigen Branchen hinaus ausweiten.
- Durch ein eigenes Vergabegesetz mit Tariftreueklausel werden wir dafür sorgen, dass in Sachsen-Anhalt Tarifverträge und Mindeststandards bei der öffentlichen Auftragsvergabe eingehalten werden. Das schließt Bau- und Verkehrsleistungen ein.
- Beschäftigte müssen durch die Wiedereinführung des Synchronisationsverbots (Beschäftigung, die auf einen konkreten Auftrag beschränkt ist) vor moderner Tagelöhnerarbeit geschützt werden. Die konzerninterne Verleihung wollen wir begrenzen. Die Zahl der Leiharbeiter in einem Betrieb muss bei der Größe des Betriebsrats berücksichtigt werden.
- Wir wollen, dass Dauer, Bezahlung und Anzahl von Praktika gesetzlich geregelt werden. Berufspraktika dürfen nicht länger als willkürliche Verlängerung der Probezeit, zur Umgehung des Kündigungsschutzes und zum Lohndumping missbraucht werden.

3.2 Ein sozialer Arbeitsmarkt für mehr Teilhabe und Beschäftigung

Wir wollen auch den Menschen eine Perspektive in unserem Land geben, die ohne staatliche Hilfe keine Chance auf Integration in den ersten Arbeitsmarkt haben.

- Wir wollen in Sachsen-Anhalt 5000 Stellen für eine weiterentwickelte Form der Bürgerarbeit zur Integration Langzeitarbeitsloser in einen gemeinwohlorientierten sozialen Arbeitsmarkt in den Bereichen Soziales, touristische Infrastruktur, Kultur, Freizeit und Sport, Umwelt-, Natur- und Tierschutz schaffen.
- Diese Bürgerarbeit soll langfristig angelegt sein und muss aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds, der Bundesagentur für Arbeit und den eingesparten Sozialleistungen finanziert werden.
- Dabei darf es nicht zu einem Verdrängungswettbewerb zwischen dem regulären Stellenmarkt und den Bürgerarbeitsstellen kommen. Deshalb organisieren wir einen „Runden Tisch“ mit Vertretern der Sozialverbände, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Kommunen, Kirchen und weiteren Fachleuten.
- Wir brauchen darüber hinaus Maßnahmen für Menschen, deren Chancen auf eine reguläre Beschäftigung von gezielten Förderprogrammen abhängen. Wir wollen die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, berufliche Teilhabe für Menschen mit Behinderungen und die Wiedereingliederung von Berufsrückkehrern und Alleinerziehenden. Dazu werden wir die bestehenden Programme dort weiterführen, wo sie sich bewährt haben und Änderungen durchsetzen, wo es Mängel in der Umsetzung oder der Wirksamkeit gibt.

3.3 Jungen Menschen eine Perspektive geben

Alle jungen Menschen haben einen Anspruch auf einen Schulabschluss sowie einen Ausbildungsplatz bzw. ein Studium. Ein erfolgreiches Studium und eine gute Ausbildung müssen Garant für eine gesicherte berufliche Perspektive sein. Dabei spielt die Qualität der beruflichen Ausbildung eine zentrale Rolle. Unser Ziel ist eine moderne und breit gefächerte Wirtschaftsstruktur mit guten Arbeitsplätzen, die jungen Menschen eine dauerhafte Perspektive bieten.

- Die Ausrichtung der Ausbildungsberufe muss sich konsequent am Bedarf des Arbeitsmarktes orientieren. Die duale Ausbildung hat dabei Vorrang und soll gestärkt werden. Jede Schulabgängerin und jeder Schulabgänger muss die Aussicht auf einen Ausbildungsplatz haben. Zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze und zur Erhöhung der Übernahmequote setzen wir uns für Branchenvereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ein. Verbundausbildungen und betriebsübergreifende Ausbildungskooperationen wollen wir erhalten.
- Um die Qualität der beruflichen Ausbildung zu erhöhen, müssen die Berufsbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt weiterentwickelt und gefördert werden. Nur in leistungsfähigen und eigenverantwortlich agierenden Berufsbildungszentren können Fachkräfte adäquat ausgebildet werden.
- Das klassische Berufswahlspektrum für Jungen und Mädchen ist veraltet. Wir fordern eine Verstärkung der Maßnahmen zur Berufsorientierung, um sowohl den Anteil von Mädchen und Frauen in technologieorientierten Berufen, als auch den Anteil von Jungen und Männern in den Pflege- und Erziehungsberufen zu erhöhen.

3.4 Fachkräftebedarf für die Zukunft sichern

In den nächsten Jahren wird eine große Zahl gut ausgebildeter Fachkräfte in den Ruhestand gehen. Demgegenüber sinkt aufgrund der demographischen Entwicklung die Zahl der Jugendlichen, die eine Berufsausbildung beginnen werden. Die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist angesichts dieser Entwicklung ein entscheidendes Thema für die wirtschaftliche Zukunft Sachsen-Anhalts. Unser Ziel ist es, dass der Wirtschaft im Land genügend qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen. Hierbei setzen wir auf eine verantwortungsbewusste Unternehmenskultur, qualifizierte Ausbildung, tarifvertraglich vereinbarte Löhne, aber auch auf unterstützende Maßnahmen in den Hochschulen bzw. den Trägern beruflicher Ausbildung, um der Abwanderung von Absolventinnen und Absolventen entgegen zu wirken.

- Durch gemeinsame Initiativen mit der Wirtschaft (Fortsetzung des Stipendienprogramms, des Fachkräfteportals PFIFF, der Initiative GAJL) wollen wir der Abwanderung junger Menschen aus Sachsen-Anhalt entgegenwirken. Gleichzeitig soll Rückkehrern der Neubeginn in Sachsen-Anhalt erleichtert werden.
- Wir nutzen vorhandene ESF-Mittel des Bundes für die branchen- und betriebsbezogene Weiterbildung. Zur Verbesserung der beruflichen Qualifikation werden wir das Bildungsfreistellungsgesetz wieder einführen.
- Wir fördern die Erwachsenenbildung gemäß dem Verfassungsauftrag. Nachträglich müssen auch staatlich anerkannte Bildungsabschlüsse möglich sein. Eigenbeiträge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind sozial zu staffeln. Damit ermöglichen wir eine verbesserte soziale Teilhabe.

3.5 Alternativen für Ältere entwickeln

Es gibt immer mehr Ältere, die mit ihren Erfahrungen und Ideen unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft sind. Auch für die Unternehmen sind die Kompetenzen der Älteren unverzichtbar.

- Wir setzen uns für eine Beschäftigungspolitik ein, die alle Altersgruppen gleichberechtigt einbezieht. Dazu gehört eine altersgerechte Arbeitsgestaltung und betriebliche Gesundheitsförderung und Prävention.
- Die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss weiter gefördert werden. Dazu zählen lebenslange Qualifikations- und Weiterbildungsangebote und deren finanzielle Absicherung.
- Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen zukünftig bessere Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt haben. In Bereichen, wo dies problematisch ist, setzen wir auf differenzierte Altersgrenzen und Altersteilzeitmodelle. Wir unterstützen entsprechende politische Initiativen und tarifvertragliche Regelungen.
- Für ältere Menschen werden wir das aus ESF-Mitteln finanzierte Programm „Aktiv zur Rente“ in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Landkreisen und kreisfreien Städten fortsetzen und dem jeweils aktuellen Stand anpassen.

3.6 Schwarzarbeit bekämpfen

Wir wollen Schwarzarbeit in unserem Land aktiv bekämpfen. Die Dienstleistungsfreiheit in Europa stellt uns hierbei vor besondere Herausforderungen. Bei der Stabilisierung des heimischen Arbeitsmarkts und unserer Sozialversicherungssysteme gilt dem Handwerk und den Dienstleistungsbranchen unser Hauptaugenmerk.

- Wir setzen auf das Zusammenwirken aller hierfür zuständigen Behörden und werden ein Register schaffen, das Firmen erfasst, die im Bereich von Schwarzarbeit auffällig geworden sind.
- Die Einführung von flächendeckenden Mindestlöhnen wird die Kontrolle von Schwarzarbeit erleichtern.
- Wir setzen auf Eigeninitiativen von Sozialpartnern und Handwerkskammern.

3.7 Betriebs- und Personalvertretungen und deren Mitbestimmung stärken

Die Krise hat verdeutlicht, dass die Betriebsräte konsequent und erfolgreich betriebliches Krisenmanagement geleistet haben. Ihr Know-How und ihre soziale Verantwortung haben bei der Krisenbewältigung der Arbeitsplatzsicherung Vorrang vor Renditeerwartungen verschafft. Ihr Beitrag hat geholfen, Beschäftigungsverluste in der Krise gering zu halten.

- Künftig muss das Wissen und Können der Betriebs- und Personalvertretungen verbindlicher in die Unternehmensentwicklung einbezogen werden. Ihre Rolle beim Antreiben und Managen von Innovationen wollen wir stärken.
- Um die Personalvertretungen und Betriebsräte dauerhaft in die Lage zu versetzen, diese Rolle zu spielen, wollen wir Initiativen ergreifen, um das Personalvertretungsbestimmungen und das Betriebsverfassungsgesetz entsprechend zu ändern und den Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitnehmerschaft mehr Mitbestimmungsrechte gesetzlich zu sichern. Mitbestimmung in der Arbeitswelt ist Ausdruck von Menschenwürde. Zugleich fördert sie Demokratie als Lebensform.

4 EIN SOZIALES SACHSEN-ANHALT – GRUNDLAGE FÜR GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT.

Gerechtigkeit, Solidarität und umfassende Teilhabe sind Grundwerte der SPD. Der Sozialstaat gründet sich darauf, dass Menschen für einander eintreten – Starke für Schwache, Junge für Alte, Gesunde für Kranke und Pflegebedürftige, Arbeitende für Arbeitsuchende. Dazu brauchen wir ein gezieltes Zusammenwirken von Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Gesundheits-, Familien- und Integrationspolitik. Wir stellen Kinder und Familien in den Mittelpunkt unserer Politik und kämpfen gegen Kinderarmut, damit Familienfreundlichkeit zu einem Markenzeichen für Sachsen-Anhalt wird. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielt hierbei eine elementare Rolle. Wesentlicher Bestandteil eines sozialen Sachsen-Anhalts bleibt für uns, dass die Gesundheitsfürsorge für alle Menschen in gleicher Weise sichergestellt ist. Gleichstellung der Geschlechter ist eine Querschnittsaufgabe über alle Politikfelder hinweg, für behinderte Menschen ist Barrierefreiheit Grundvoraussetzung für die gleichberechtigte Teilnahme in allen gesellschaftlichen Bereichen.

4.1 Unsere Familienpolitik: Gute Entwicklungschancen für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Deshalb wollen wir ihnen die bestmöglichen Entwicklungschancen bieten. Dazu gehören die Unterstützung von Familien und Alleinerziehenden, ein gutes Bildungssystem sowie eine funktionierende Beratungslandschaft.

- Das Zentrum für „Frühe Hilfen für Familien“, Familienhebammen, Schwangerschaftskonflikt- und Familienberatungsstellen arbeiten eng mit funktionierenden Netzwerken der Kinder- und Jugendhilfe und der Gesundheitsdienste zusammen und werden von uns gefördert.
- Wir wollen die Elternbildung sowie die Familien- und Erziehungsberatung ausbauen und noch besser miteinander vernetzen. Dazu gehört der weitere Ausbau von Kindertagesstätten zu Kinder-Eltern-Zentren.
- Wir setzen uns für eine qualifizierte Ganztagsbetreuung in Schulen sowie für vielseitige Angebote bei Jugendarbeit, Jugendfreizeit und außerschulischer Jugendbildung ein. Zwischen Schule und Jugendhilfe ist eine verbindliche und partnerschaftliche Kooperation zu gewährleisten.
- Wir werden uns auch weiterhin für die Beibehaltung der Jugendpauschale auf einem bedarfsgerechten Niveau einsetzen.
- Wir wollen die Vielfalt der Jugendverbände bewahren und ihren bildungspolitischen Auftrag stärken. Dafür betrachten wir die Qualität und die Zielgruppenspezifität der Arbeit der Jugendverbände als wichtigstes Förderkriterium.
- Ein starker Sozialstaat braucht starke Familien. Deshalb werden wir auch weiterhin die Lokalen Bündnisse für Familien unterstützen. Den Familienpass soll es auch weiterhin in Sachsen-Anhalt geben.
- Wir setzen uns für die Aufnahme von Kinderrechten in unsere Verfassung ein. Jedes Kind hat einen Anspruch auf ein gesundes und gewaltfreies Aufwachsen sowie auf Förderung und Bildung.

4.2 Familiengerechte Arbeitswelt

Gute Arbeit setzt auch eine familiengerechte Arbeitswelt voraus. Eine planbare berufliche Zukunft erleichtert die familiäre Lebensplanung. Nur mit einer gesicherten beruflichen Perspektive lässt sich sorglos eine Familie gründen.

- Wir wollen eine Allianz von Arbeitgebern und Gewerkschaften für eine familienfreundliche Unternehmenskultur, in der die jeweilige familiäre Situation der Beschäftigten berücksichtigt wird. Dabei geht es auch um die Reduzierung regelmäßig anfallender Überstunden und die bessere Verzahnung von Erwerbsphasen mit Familienphasen fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Dies nutzt den Familien ebenso wie den Unternehmen. Dazu werden wir weiterhin eine hohe Betreuungsdichte und gute Qualität der Kinderbetreuung gewährleisten.
- Wir unterstützen Unternehmen, die flexible Arbeitszeiten und Teilzeit-Modelle anbieten.
- Alleinerziehende sollen durch die Arbeitsagenturen und die Jobcenter eine besondere Unterstützung und Förderung erhalten.

4.3 Für ein zukunfts- und leistungsfähiges Gesundheitswesen

Wir setzen uns für die Weiterentwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung ein. Nur eine solidarische, paritätisch finanzierte Versicherung für alle, ohne Unterscheidung in privat oder gesetzlich, gewährleistet allen Versicherten den gleichen Anspruch auf die notwendigen medizinischen Leistungen. Unser Ziel ist eine sichere, bezahlbare und zuverlässige Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Sachsen-Anhalt.

- Unabhängig von Alter, Einkommen und sozialer Situation müssen alle Bürger die bestmögliche Gesundheitsversorgung erhalten.
- Die Kopfpauschale lehnen wir ab. Zur Sicherung der Sozialsysteme unterstützen wir die Vorschläge zur Bürgerversicherung und damit zur Einbeziehung aller Einkommen in die Finanzierung von Gesundheitsversorgung und Pflege. Wir werden im Interesse der Patientinnen und Patienten alles tun, um einer Zwei-Klassen-Medizin entgegenzutreten.
- Sachsen-Anhalt braucht intelligente Lösungen zur Absicherung der haus- und fachärztlichen Versorgung. Dazu gehören die Schaffung von medizinischen Versorgungszentren, die Öffnung von Krankenhäusern für die ambulante Versorgung sowie die Integration von sozialen Diensten, um die Versorgung mit gesundheitlichen Dienstleistungen auch im ländlichen Raum zu gewährleisten. Die hausarztzentrierte Versorgung muss im Zentrum der Sicherstellung einer wohnortnahen ambulanten Versorgung stehen.
- Die Krankenhauslandschaft soll unter Qualitäts- und Integrationsgesichtspunkten gestaltet sein. Die stationäre Behandlung muss stärker auf die Behandlung multimorbider Älterer ausgerichtet werden. Dazu gehören nicht nur medizinische Aspekte, sondern auch eine Verstärkung der Unterstützungsleistungen sowie ein qualifiziertes Entlassungsmanagement.
- Für multimorbide, chronisch kranke Menschen brauchen wir ein neues Behandlungsverständnis. Die heute nahezu ausschließlich auf Kuration ausgerichteten Behandlungsbilder sollten ergänzt werden um das Ziel des Erhalts der Selbstständigkeit und der Vorbeugung der Pflegebedürftigkeit.
- Die Kosten für medizinisch sinnvolle Vorsorgeuntersuchungen sollen generell von den Krankenkassen getragen werden.
- Forschungsdisziplinen, die sich mit Fragen des Alters und des Alterns beschäftigen, sollen ausgebaut werden. Dabei ist für die Betrachtung von Gesundheit, Leistungsfähigkeit und Selbstständigkeit ein interdisziplinärer Ansatz zu fördern.

- Die von der vormaligen CDU-/FDP-Koalition vorgenommenen Änderungen im Rettungsdienstgesetz haben zu Fehlentwicklungen geführt. Wir werden deshalb das Gesetz novellieren. Unser besonderes Augenmerk wird dabei auf der Sicherung der Notarztversorgung, der Straffung der Struktur des Rettungsdienstes, der Förderung des Ehrenamtes im Katastrophenschutz und einem gesetzlichen Auftrag für die Wasser- und Bergrettung liegen.
- Die Gesundheitsziele sollen zu Versorgungszielen weiterentwickelt werden.
- Der Vorrang von Prävention soll konsequent umgesetzt werden. Medizinische Rehabilitation und ambulante Pflege gehen einer stationären Betreuung voraus, um so lange wie möglich ein selbst bestimmtes Leben zu ermöglichen.
- Die Interessen von Bewohnerinnen und Bewohnern in Pflegeheimen werden durch moderne Schutzgesetze, sowie die Förderung einer transparenten Pflegelandschaft gestärkt. Die Personalausstattung in Pflegeeinrichtungen orientiert sich am tatsächlichen Pflegebedarf. Eine externe Qualitätssicherung wird durch ein internes Qualitätsmanagement ergänzt.
- Die Gesundheitswirtschaft ist ein großer Wachstumsmarkt. Sachsen-Anhalt kann mit den beiden Universitäten zu einem Zentrum der Gesundheitswirtschaft werden. Dazu müssen die Akteure aus Gesundheitsversorgung, -wissenschaft und -forschung und der Wirtschaftsförderung zusammengebracht werden. Wir werden die Zusammenarbeit fördern.
- Wir stellen uns konsequent auf die Seite der Patientinnen und Patienten. Hierzu gehört auch die Förderung der Selbsthilfe, die im Gesundheitswesen eine wichtige Funktion in Prävention, Aufklärung und Beratung übernimmt.
- Eine von der SPD geführte Landesregierung wird dafür sorgen, dass gut arbeitende Netze der Suchtberatung erhalten bleiben. Unser Hauptaugenmerk richtet sich auf Suchtprävention bei Kindern und Jugendlichen.
- Mit der SPD werden Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge wie die mobile Praxisassistentin oder die Einrichtung von vernetzten Filialpraxen, in der mehrere Haus- und Fachärzte ihre Sprechstunden an unterschiedlichen Wochentagen anbieten, weiter ausgebaut und verstetigt.
- Wichtige Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge gehören in öffentliche Hand. Daher wird es mit uns keine Privatisierung der Universitätskliniken und keinen Verkauf der aus den psychiatrischen Landeskrankenhäusern hervorgegangenen Salus gGmbH geben.

4.4 Den demographischen Wandel aktiv gestalten

Der Anteil älterer Menschen in unserem Land wird weiter steigen. Insbesondere die Anpassung der sozialen Infrastruktur in den Städten und Gemeinden ist eine enorme Herausforderung. Dazu gehören gesicherte Bedingungen für das Wohnen, die Mobilität und die Versorgung älterer Menschen. Wir sehen aber auch die Chancen dieser Entwicklung. Vor allem in stark vom Bevölkerungsrückgang betroffenen Regionen gilt es zudem, die junge Generation zu ermuntern und zu befähigen, selbst Verantwortung zu übernehmen und das Gemeinwesen mitzugestalten.

- Die Erfahrungen und Kompetenzen älterer Menschen sind unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft. Mit der Stärkung freiwilligen Engagements und ehrenamtlicher Tätigkeiten wird die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen gezielt gefördert. Wir wollen, dass die Seniorenvertretungen künftig stärker in kommunalpolitische Entscheidungen eingebunden werden.

- Es ist der Wunsch der meisten Älteren, so lange wie möglich eigenständig, in ihrem eigenen Zuhause zu leben. Deshalb unterstützen wollen wir den Bau barrierefreier Wohnungen ebenso wie neue Gemeinschafts- und Mehrgenerationen-Wohnformen. Bei der Fortsetzung von Stadumbauprozessen ist auf den gezielten Mitteleinsatz für altersgerechtes Wohnen und ein seniorenfreundliches Wohnumfeld zu achten.
- Ältere Menschen haben ein Recht auf ein attraktives und abgesichertes Lebensumfeld. Deshalb wollen wir die Einbeziehung seniorenpolitischer Aspekte in die Planung. Eine wohnortnahe Infrastruktur für Bildung, Kultur und Sport ist zu erhalten und die Gesundheitsbetreuung in allen Regionen des Landes zu gewährleisten.
- Die aktive Seniorenarbeit braucht feste Strukturen. Deshalb unterstützen wir das Netz der Seniorenbegegnungsstätten und -beratungsstellen.
- Junge Menschen sind in die Entwicklung der Städte und Gemeinden stärker einzubeziehen. Dies stärkt die Identifikation der Jugend mit ihrer Region. Deshalb wollen wir die Kontinuität der Jugendarbeit gewährleisten. Wir fördern Kooperationen zwischen Schulen und regionalen Akteuren (Vereine, Verbände, Unternehmen, Bibliotheken, Jugendarbeit, Jugendhilfe, Kreis- und Stadtjugendringe).
- Ideen und Initiativen von Jugendlichen muss mehr Raum gegeben werden. So kann dem Verlust an jugendkultureller Vielfalt entgegengewirkt, eigenständiges Aneignen von Aktionsräumen und informelles Lernen hingegen gefördert werden.

4.5 Für eine aktive Gleichstellungspolitik

Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein demokratisches Menschenrecht und muss auch unter sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung das Maß unseres Handelns vorgeben.

- Der gesetzlich festgeschriebene Gleichstellungsauftrag ist mit einem fachpolitisch unteretzten Gesamtkonzept, also Gender-Politik als Querschnittsaufgabe, zu erfüllen.
- Wir fordern die tatsächliche Anwendung von Gender Mainstreaming im Forschungs- und Technologiebereich. Dazu gehört auch eine gendergerechte Gremienbesetzung.
- Gender Mainstreaming muss in allen Bereichen des Gesundheitswesens Anwendung finden. Die Erkenntnisse zu Defiziten in der Frauengesundheitsversorgung und zu Forschungslücken in der spezifischen Versorgung von Kindern mit Medikamenten müssen in der Gesetzgebung sowie Forschung und Lehre umgesetzt werden. Die in Modellprojekten erarbeiteten Verfahren und Therapiemethoden sind systematisch auszuwerten und bei erwiesener Eignung als Regelleistung der gesetzlichen Krankenversicherung zu übernehmen.
- Toleranz gegenüber Lesben und Schwulen ist nicht nur eine Frage der Gesetzgebung, sondern setzt auch bei der Bildungspolitik an. Wir werden durch unser Engagement weiterhin darauf hinwirken, dass unterschiedliche Lebensentwürfe gesellschaftlich anerkannt und akzeptiert werden.
- Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe ein und werden für eine Erweiterung von Art. 3 des Grundgesetzes um die geschlechtliche Identität eintreten.

4.6 Chancengleichheit für Frauen im Erwerbsleben

Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern im Erwerbsleben in Sachsen-Anhalt existiert noch immer nicht. Hier fordern wir ein stärkeres Engagement.

- Frauen sind in Führungspositionen noch immer unterrepräsentiert. Dies muss sich ändern, denn Frauen sollen ihre Potenziale ebenso nutzen können wie Männer. Hierbei hat das Land seiner Vorbildfunktion nachzukommen. Dies gilt insbesondere für die Besetzung von Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst und an den Universitäten.
- Im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik müssen Frauen stärker von den Agenturen für Arbeit und Trägern der Grundsicherung gefördert werden.
- Wir brauchen Mindestlöhne, weil Frauen besonders häufig im Niedriglohnsektor beschäftigt und deshalb von Armutslöhnen betroffen sind.
- Wir wollen mit Hilfe einer gesetzlichen Regelung eine gleichberechtigte Entsendung von Frauen als Landesvertreterinnen in Aufsichtsräte erreichen.

4.7 Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderungen

Alle Menschen mit Behinderungen müssen an unserer Gesellschaft gleichberechtigt aktiv teilhaben und einbezogen werden - so wie sie sind. Dies ist eine zentrale Aufgabe des Sozialstaats: Nachteile, die Menschen mit Behinderungen entstehen, müssen ausgeglichen, ihre Teilhabe am gesellschaftlichen, am kulturellen und am Arbeitsleben muss gewährleistet werden.

- Das Landesgesetz zur Behindertengleichstellung muss im Alltagshandeln auf der Grundlage der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen Anwendung finden. Dadurch werden auch die Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen gestärkt.
- Der barrierefreie Zugang von Menschen mit Behinderungen zu öffentlichen Gebäuden und Institutionen sowie zu Verkehrsmitteln und Bahnhöfen muss verbessert werden.
- Für die Sicherung der individuellen Hilfebedarfe der Menschen mit Behinderungen bedarf es des Abschlusses eines Rahmenvertrages.
- Um die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderungen auch hinsichtlich der Leistungen der Pflegeversicherung zu gewährleisten, werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das Pflegegeld für ambulante und stationäre Pflege angeglichen wird.
- Die Anpassung des persönlichen Budgets an den tatsächlichen Bedarf des betroffenen Personenkreises muss überprüft werden. Dies schließt ausdrücklich eine Entbürokratisierung der Antragstellung ein.

4.8 Ehrenamt fördern - aktive Bürgergesellschaft entwickeln

Rund ein Drittel der Sachsen-Anhalter engagiert sich ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden und Initiativen, vor allem in den Bereichen Sport, Kultur, Umweltschutz und Gesundheit/Soziales. Viele Menschen beteiligen sich zudem aktiv an politischen Prozessen, indem sie sich konkret vor Ort für das Gemeinwesen einsetzen. In den vergangenen Jahren sind die Bedingungen für ehrenamtliches Engagement unter maßgeblicher Beteiligung der SPD verbessert worden, etwa durch einen umfassenden Versicherungsschutz oder die Förderung von Freiwilligenagenturen. Diese Entwicklung gilt es in den kommenden Jahren zu verstärken.

- Das Internet-Portal www.engagiert-in-sachsen-anhalt.de ist als zentrale Informations- und Kontaktplattform weiter auszubauen.
- Ehrenamt braucht öffentliche Anerkennung. Die Würdigung des ehrenamtlichen Engagements durch Verdienstorden und -medaillen und andere Formen der Auszeichnung ist fortzuführen.
- Wir wollen neue Verfahren der Bürgerbeteiligung erproben und entwickeln. Dazu zählen etwa Zukunftskonferenzen, Dialogveranstaltungen oder Bürgerhaushalte.
- Das Internet spielt im Bereich Bürgerbeteiligung eine immer größere Rolle. Deshalb ist das Portal www.einmischen.sachsen-anhalt.de zu erweitern, insbesondere um altersgemäße Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche.
- Seniorenvertretungen, Jugendvertretungen, Behindertenbeiräte, Ausländerbeiräte, Familienverbände, der Landesfrauenrat und ggf. andere Institutionen sind konsequent in die Vorbereitung sozialpolitischer Entscheidungen einzubeziehen.

4.9 Für die Stärkung des Verbraucherschutzes

Faire Preise und transparente Regeln sind in allen Handelsbereichen unverzichtbar: Schutz vor "Abzocke", klare Kriterien bei langfristigen Anlageangeboten oder eine exakte Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln sind nur einige Beispiele. Wir wollen mehr Sicherheit für die Verbraucher bei Produkten, Verträgen und Dienstleistungen. Deshalb werden wir die Rechte der Verbraucher als Kunden, Patienten und Anleger stärken.

- Unabhängige Verbraucherberatung wird immer wichtiger. Wir werden die notwendigen Strukturen – insbesondere der Verbraucherzentralen - auch weiterhin angemessen finanziell unterstützen.
- Der Schutz von Kleinanlegern erfordert einen „Finanz-TÜV“ zur Schaffung von mehr Transparenz, damit hochriskante Finanzprodukte und unseriöse Verkaufspraktiken künftig vom Markt für Privatanleger verschwinden.
- Immer mehr Menschen in Sachsen- Anhalt sind hoch verschuldet. Sie brauchen Beratung, die ihnen hilft, die Situation zu meistern. Entsprechende Angebote werden wir erhalten.

4.10 Datenschutz effektiv durchsetzen – Medienkompetenz als informationelle Selbstverteidigung

Die Datenmissbrauchsskandale, besonders in Wirtschaftsunternehmen und sozialen Netzwerken, aber auch die StreetView-Aktion des Medienkonzerns Google offenbaren massive Lücken beim Schutz persönlicher Daten und damit der Persönlichkeitsrechte. Man bezahlt nicht mit Geld, sondern mit seiner Privatsphäre.

- Der Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung hat einen zentralen Stellenwert in unserer Politik. Wir werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Kundinnen und Kunden, insbesondere Kinder und Jugendliche, kurz alle Bürgerinnen und Bürger besser vor Datenmissbrauch schützen. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass die Datenschutzkontrollen verbessert werden.
- Die Vermittlung von Medienkompetenz muss im frühen Kindesalter beginnen und zentraler Bestandteil von Bildungsprogrammen bis ins hohe Lebensalter sein. Dabei muss neben der informationellen Selbstbestimmung die informationelle Selbstverteidigung gestärkt werden.
- Das Recht auf Privatsphäre gilt analog wie digital. Wir setzen neben der Prävention auch weiterhin auf eine effektive Strafverfolgung mit Schwerpunktermittlern bei Staatsanwaltschaft und Polizei.
- Wir setzen auf das Internet, wissen aber auch, dass Rechtsstaatlichkeit und auch Rechtsdurchsetzung in allen Bereichen unseres Lebens erfolgen müssen; im Internet nicht anders als im realen Leben. Das Internet darf nicht weiter zum rechtsfreien Medium werden.

5 FÜR EIN LEBENSWERTES UND SICHERES SACHSEN-ANHALT.

Die SPD steht für das Miteinander von Land und Kommunen, für das Miteinander von Zentren und ländlichem Raum. "Gemeinsam sind wir stark" - mit diesem Grundsatz können Land und Kommunen voneinander profitieren. Zuallererst gilt es, die finanziellen Grundlagen zu sichern. Die erste Priorität ist, gerade in Zeiten der Krise: Haushalte in Ordnung bringen, Neuverschuldung grundsätzlich vermeiden. So können auch in Zukunft die notwendigen Investitionen in ein lebenswertes und sicheres Sachsen-Anhalt finanziert werden, ein Sachsen-Anhalt, in dem sich die Menschen wohl fühlen.

5.1 Solide Landes- und Kommunalfinanzen

Finanz- und Eurokrise haben gezeigt: eine solide Finanzpolitik ist notwendiger denn je. Nur wer nicht mehr ausgibt als er einnimmt, kann auf Dauer verantwortlich Politik gestalten. Deshalb steht die SPD auch und gerade in den kommenden Jahren zu einer Politik, die grundsätzlich ohne neue Schulden auskommt. Bei notwendigen finanziellen Mehraufwendungen werden wir einen fairen Ausgleich zwischen den Beteiligten finden.

- Weitere Steuergeschenke für Besserverdienende, die zu Einnahmeverlusten für Land- und Kommunen führen, lehnen wir ab. Eine SPD-geführte Landesregierung wird daher schwarz-gelben Steuersenkungsplänen nicht zustimmen.
- Wir gehen einen anderen Weg: Zur Erhöhung der Einnahmen der öffentlichen Haushalte werden wir uns für eine Finanztransaktionssteuer und für eine verfassungsgemäße Vermögensteuer einsetzen.
- Um die Einnahmen der Kommunen zu sichern, muss die Gewerbesteuer modernisiert werden. Dazu sind die Bemessungsgrundlagen zu verbreitern und der Kreis der Steuerpflichtigen zu erweitern.
- Kürzungen am Solidarpakt II wird es mit uns nicht geben.
- Die Konsolidierungspartnerschaft zwischen Land und Kommunen wird fortgesetzt, das Teilentschuldungsprogramm planmäßig umgesetzt.
- Die aufgabenbezogene Finanzierung der Kommunen haben wir dem neuen Finanzausgleichsgesetz erstmals angepackt. Vor dem Hintergrund der damit gemachten Erfahrungen wird das Gesetz ab 2012 weiterentwickelt.
- Die Kreisgebietsreform ist erfolgreich umgesetzt, die Gemeindegebietsreform im Wesentlichen abgeschlossen. Allerdings: Der Diskussionsprozess um die Zusammenarbeit zwischen den Oberzentren und ihrem Umland ist noch nicht beendet. Die SPD steht für starke Zentren, neue Formen der Zusammenarbeit wollen wir im konstruktiven Dialog zwischen Oberzentren und Umland entwickeln.
- Wir stehen zur Verankerung einer Schuldenregelung in der Landeshaushaltsordnung, die es uns ermöglicht durch den Abbau von Schulden Gestaltungsspielräume zurückzugewinnen.
- Wir treten ein für die Entbürokratisierung von Zuwendungsverfahren und für pauschalisierte Zuweisungen (Budgetierung).
- Zur Sicherung der Daseinsvorsorge ist es notwendig, die Rahmenbedingungen für kommunale Unternehmen zum Erhalt ihrer Wettbewerbs- und Investitionsfähigkeit zu verbessern. Bestehende Regelungen in der Gemeindeordnung sind dahingehend anzupassen. Insbesondere gilt es sicherzustellen, dass den kommunalen Unternehmen die Möglichkeit der Betätigung über ihre Gemeindegrenzen hinaus eröffnet wird und sie sich zur Erfüllung öffentlicher Zwecke auch dann betätigen dürfen, wenn sie diese Aufgabe ebenso wirtschaftlich und qualitativ erledigen können wie private Unternehmen. Wir werden auch neue Rechtsformen wie die Bildung von Genossenschaften ermöglichen.

- Die neuen, effizienten und effektiven Gemeindestrukturen sollen im Rahmen einer interkommunalen Funktionalreform die Möglichkeit bekommen weitere Aufgaben vor Ort zu erfüllen.
- Der kommunale Anteil an den Kosten der Unterkunft darf nicht erhöht werden.

5.2 Für einen attraktiven ländlichen Raum

Die SPD steht dafür, dass keine Region abgehängt wird. Mit unserer Politik eröffnen wir allen eine Entwicklungsperspektive, den kleinen Dörfern ebenso wie den Zentren. Das bedeutet: Wissenschaft und Kultur gibt es dauerhaft auch „in der Fläche“, die spezifischen Stärken des ländlichen Raums werden gefördert..

- Bei der Förderung des ländlichen Raums soll die eigenständige Regionalentwicklung durch den Ausbau von Regionalbudgets gestärkt werden.
- In jeder der fünf Planungsregionen des Landes - Altmark, Magdeburg, Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Halle und Harz - wird es auch künftig mindestens eine Hochschule und ein Theater geben.
- Mit Investitionen in die Breitband-Infrastruktur wollen wir erreichen, dass es keine dauerhafte "digitale Spaltung" zwischen Stadt und Land gibt. Die Bewohner des ländlichen Raums haben ebenso einen Anspruch auf schnelle Internetzugänge.
- Wir wollen die Attraktivität des ländlichen Raums durch eine Erhöhung der „Haltekräfte“ steigern, gerade für junge Familien. Dazu zählen ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen und die wohnortnahe Versorgung mit Kindergartenplätzen und Schulen.

5.3 Umwelt schützen - Natur bewahren

Seit jeher steht die SPD für die Verbindung von Ökonomie und Ökologie, von Wirtschaft und Umweltschutz. Sachsen-Anhalt hat im Umwelt- und Naturschutz erhebliche Fortschritte gemacht. Darauf dürfen wir uns allerdings nicht ausruhen. Vor allem der Klimawandel erfordert eine konsequente Politik, die insbesondere auf CO₂-Minderung gerichtet ist.

- Das Klimaschutzkonzept des Landes enthält viele wichtige Ansätze und Vorhaben, vom Einsatz erneuerbarer Energien bis zum Erhalt der biologischen Vielfalt unter veränderten Klimabedingungen. Es muss unter Beteiligung der Umweltverbände kontinuierlich fortgeschrieben werden, damit auf neue Entwicklungen und Erkenntnisse angemessen reagiert werden.
- Wir wollen eine kontinuierliche Fortschreibung und schrittweise Umsetzung des Aktionsplanes des Landes Sachsen-Anhalt zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels ermöglichen.
- Die SPD unterstützt weiterhin das Ziel, ein einheitliches Umweltgesetzbuch zu schaffen. Wir wollen das Umweltrecht übersichtlicher machen, die Verwaltungsverfahren vereinfachen und so angemessene Umweltstandards sichern.
- Die im Jahr 1999 von der SPD eingeführte Umweltallianz von Land und Unternehmen zur Förderung von Umweltaktivitäten in den Unternehmen wird fortgesetzt.
- Wir wollen eine weitere Reduzierung von Lärmbelastung und Umweltverschmutzung und setzen dabei auf die Mitwirkung der Kommunen, etwa durch Erstellung von Luftqualitätsplänen, Lärmreduzierungskonzepten und die Ausweisung von Umweltzonen.
- Das ausgeprägte Netz sachsen-anhaltischen und europäischen Naturerbes soll bewahrt und weiterentwickelt werden. Auch künftig sollen neue Naturschutzgebiete und Biosphärenreservate ausgewiesen werden.

5.4 Für eine intelligente und nachhaltige Verkehrspolitik

Sachsen-Anhalt ist aufgrund seiner zentralen Lage in der Mitte Europas inzwischen ein bedeutender Verkehrs- und Logistikstandort. Diese Position gilt es zu halten und auszubauen. Dabei ist zu konstatieren, dass die Zeit der großen Verkehrsprojekte (fast) vorbei ist. Deshalb geht es jetzt nach Auffassung der SPD verstärkt um den Erhalt der seit der Wende geschaffenen bzw. sanierten Verkehrswege und um die umweltgerechte Nutzung der Verkehrsträger.

- Wir brauchen ein integriertes Verkehrskonzept, das die Vielzahl der Einzelkonzepte in Sachsen-Anhalt auf den Prüfstand stellt und zusammenführt. Dazu gehören Stärkung und Ausbau der Logistikbranche zur besseren Vernetzung der Transportketten.
- Die wichtigen Straßenbauprojekte (A14-Nordverlängerung, A143 Westumfahrung Halle, B190n, Verlängerung der B6n nach Osten) sind umzusetzen.
- Trotz begrenzter Haushaltsmittel sind auch Landes- und kommunale Straßen und Brücken weiterhin in angemessenem Umfang zu sanieren.
- Die SPD tritt im Sinne einer nachhaltigen und umweltschonenden Verkehrspolitik dafür ein, Transporte soweit wie möglich von der Straße auf Schiene und Wasserstraßen zu verlagern. Dazu müssen die Bundeswasserstraßen für die gewerbsmäßige Binnenschifffahrt nutzbar bleiben. Wir lehnen aber den Ausbau der Elbe zur Anpassung an größere Schiffseinheiten ab und werden dafür eintreten, dass die erforderlichen wasserbaulichen Wiederherstellungs- und Unterhaltungsarbeiten zum Erhalt der Schiffbarkeit und für den Hochwasserschutz nach neuesten ökologisch verträglichen Methoden erfolgen.
- Fern- und Nahverkehr auf der Schiene müssen attraktiver werden. Aber: unrentable Strecken im ländlichen Raum können nicht dauerhaft aufrechterhalten werden. Dort sind Alternativlösungen (Rufbus, Ruf-taxi) zu realisieren. Im Fernverkehr ist für uns die dauerhafte Wiederanbindung der Landeshauptstadt Magdeburg sowie der Erhaltung der Anbindung von Halle (Saale) ans ICE-Netz von hoher Bedeutung.
- Die SPD wird jeden erneuten Versuch eines Börsenganges der Deutschen Bahn AG (DB AG) in den zuständigen Gremien des Bundes ablehnen.
- Ein flächendeckender und barrierefreier Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) gehört für uns zur Daseinsvorsorge und muss deshalb dauerhaft gesichert werden. Angesichts knapper Kassen ist auf eine intelligente Vernetzung der Verkehrsträger Schiene, Straßenbahn und Bus zu achten.
- Teil des ÖPNV ist auch der Schülerverkehr, an dessen Qualität es keine Abstriche geben darf.
- Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit fordern wir eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h vor Kindertagesstätten und Schulen.

5.5 Bürgernahe Wohnungs- und Städtebaupolitik

Die SPD steht für lebenswerte Städte und Gemeinden und für gutes, sicheres und bezahlbares Wohnen für alle Bevölkerungsschichten. Wer mit offenen Augen durch unser Land fährt, wird feststellen, dass es hier enorme Fortschritte gegeben hat. Zukünftig sind insbesondere aufgrund des demografischen Wandels neue Anstrengungen notwendig.

- Wir stehen für die konsequente Fortsetzung von Stadtumbau- und Stadterneuerungsmaßnahmen, von integrativen Programmen zur sozialen Stabilisierung städtischer Problemgebiete, zur Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen sowie der wirtschaftlichen Stabilisierung von Stadtquartieren. Veränderungen im Mietrecht auf Bundesebene zum Nachteil von Mieterinnen und Mieter lehnen wir ab.
- Die guten Erfahrungen mit der Internationalen Bauausstellung (IBA) Stadtumbau sind für die Fortführung der weiteren Stadtumbauprozesse zu nutzen. Wir wollen die städtebauliche Erneuerung zur Erhaltung und Modernisierung von Gebäuden, zur Revitalisierung von Zentren und Nebenzentren sowie zur Verbesserung des Wohnumfeldes fortführen. Es bleibt unser Ziel, die Innenstädte als soziale, wirtschaftliche und kulturelle Zentren zu erhalten.
- Wohnungs- und Städtebaumittel sind vorrangig für die Bestandssanierung und für junge Familien einzusetzen. Einen weiteren Schwerpunkt bildet für uns die Schaffung zusätzlichen altengerechten und barrierefreien Wohnraums.
- Wir treten ein für mehr Qualität beim Bauen: Förderprogramme werden auf Energieeffizienz, Baukultur, Funktionalität und Nachhaltigkeit ausgerichtet; städtebauliche Wettbewerbe werden verstärkt genutzt, der Landesarchitekturpreis wird weiterhin alle drei Jahre ausgelobt.
- Wir wollen den Kommunen beim Umgang mit verwahrlosten Immobilien helfen, indem wir Unterstützung bei Ersatzvornahmen geben. Dabei wollen wir uns für einen Vorrang dieser Maßnahmen bei Zwangsvollstreckungen einsetzen. Erweitern wollen wir die Förderung von Eigentümermoderatoren, um eine Aufwertung schwieriger Wohnquartiere zu erreichen.
- Wir setzen uns für die Sicherung angemessenen Wohnraums für Empfängerinnen und Empfänger von Wohngeld und ALG II ein.
- Die Landesbauordnung wird in enger Abstimmung mit den Bauaufsichtsbehörden und Praktikern evaluiert und ggf. verändert; eine bürgerfreundliche Umsetzung und die bessere Nutzung erneuerbarer Energien stehen dabei im Mittelpunkt.
- Wir sind gegen Kürzungen beim Wohngeld, bei der Städtebauförderung und bei den KfW-Programmen zur Gebäudesanierung. Darüber hinaus halten wir es für erforderlich, dass der Bund auch nach 2013 den Ländern Mittel für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung stellt.
- Verantwortlich agierende bestandshaltende Vermieter als wichtige stabilisierende Faktoren auf den Wohnungsmärkten im Land und engagierte Akteure im Stadtumbau wollen wir unterstützen. Der Verbleib von Wohnungen in kommunaler Hand hat für uns große Bedeutung.

5.6 Kriminalität konsequent bekämpfen, ihren Ursachen vorbeugen

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass der Staat Sicherheit und Freiheit garantiert. Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit und die Wahrung der Bürgerrechte stehen dabei nicht in einem Gegensatz zueinander, im Gegenteil: kluge Politik verbindet beides, auch und gerade im Kampf gegen Rechtsextremismus und Intoleranz.

Die SPD steht nicht nur für die Bekämpfung von Kriminalität, sondern auch für die vorbeugende Bekämpfung ihrer Ursachen. Entschlossenes Handeln ohne Prävention wäre eine Kapitulation vor den Problemen. Wer soziale Brennpunkte und Chancendefizite als Ursache von Kriminalität erkennt, handelt fahrlässig, wenn er nicht auch dort ansetzt.

- Mit einer modern ausgestatteten und zukünftig verjüngten Polizei werden wir dafür sorgen, dass die Menschen in Sachsen-Anhalt nicht nur objektiv sicher leben, sondern sich auch sicher fühlen. Deshalb werden ab 2011 die Anwärterzahlen in der Polizei auf dann 180 pro Jahr nochmals erhöht und bis ins nächste Jahrzehnt auch so beibehalten.
- Auch die Erscheinungsformen der Kriminalität haben sich geändert. Straftaten in der Wirtschafts-, Korruptions- und der Organisierten Kriminalität werden immer verdeckter, professioneller und internationaler. Das gilt insbesondere in der Netz- und Datenkriminalität. Darauf werden wir reagieren. Der Polizist, der als „Generalist“ heute den Straßenverkehr lenkt, morgen Spurensicherung an einem Tatort betreibt und übermorgen einen Computer oder ein Handy auswertet, ist nicht mehr zeitgemäß. Deshalb werden wir Aus- und Fortbildung der Polizei stets an die neuen Herausforderungen anpassen.
- Die Kommunen und die Polizei sind geborene Partner einer Sicherheitskooperation. Das ist ihr gesetzlicher Auftrag. Es bedarf nicht gänzlich neuer Strategien als vielmehr einer ständigen Überprüfung, ob die vorhandenen Möglichkeiten wirklich genutzt werden. Dazu gehört auch die Unterstützung der Polizei bei der Ausbildung der Verwaltungsvollzugsbeamten.
- Wir wenden uns gegen den nicht zuletzt im öffentlichen Raum zu beobachtenden zunehmenden Alkoholkonsum von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden. Wir unterstützen vor allem präventive Konzepte und wollen darüber hinaus eine angemessene Regelung für die Kommunen schaffen, um ihnen vorbeugende Lösungen im öffentlichen Raum zu ermöglichen.

5.7 Für starke Feuerwehren

Fast 60.000 Sachsen-Anhalter engagieren sich in rund 1.700 Gemeinde- und Ortsfeuerwehren. Die Feuerwehren sind die zentrale Stütze der Gefahrenabwehr. Sie sind wichtige Garanten für die Sicherheit der Bevölkerung in unserem Land. Die SPD steht deshalb für gezielte Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit

- Der Nachwuchsmangel in den Wehren ist da. Wir werden deshalb Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung weiter unterstützen. Dazu gehört insbesondere die Förderung des Jugendfeuerwehrbereichs.
- Durch verstärkte Zusammenarbeit der Wehren können die Aufgaben im Brand- und Katastrophenschutz besser erfüllt werden. Allerdings kann es hier keine Lösungen von oben geben. Zusammenarbeit muss gemeinsam vor Ort organisiert werden und von der kommunalen Feuerwehrebasis getragen werden.
- Wir werden die Ausbildung an die gestiegenen Anforderungen anpassen. Nur wer gut ausgebildet ist, weiß den Gefahren der Einsatzstelle zu begegnen. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die Brand- und Katastrophenschutzschule Heyrothsberge.
- Wir werden die Kommunen bei der stetigen Erneuerung der Fahrzeug- und Gerätetechnik der Feuerwehren auf der Grundlage vorgelegter Brandschutzbedarfspläne weiterhin finanziell unterstützen.

5.8 Bürgernahe Rechts-und Justizpolitik

Sachsen-Anhalt verfügt über eine moderne und leistungsfähige Justiz. Daran hat die SPD einen großen Anteil. Nach den Strukturveränderungen liegt der Schwerpunkt unserer Politik auf der Stärkung der Bürgerrechte, einem verbesserten Datenschutz und einem verbesserten Strafvollzug, der die Prävention, also die Verhinderung von Straftaten, in den Vordergrund stellt.

- Wir wollen die Bürgerrechte stärken durch die Verankerung von Kinderrechten und eines Bürgerbeauftragten in der Landesverfassung.
- Wir streben einen verbesserten Datenschutz - vor allem auch im Internet - an. Deshalb wollen wir ein spezifisches Arbeitnehmerdatenschutzgesetz. Öffentlicher und privater Datenschutz gehören in eine Behörde.
- Die Möglichkeiten vor- und außergerichtlicher Streitschlichtung z.B. durch gerichtsnahe Mediation oder Schlichtergerichte, sind auszuweiten.
- Wir wollen den Strafvollzug weiter modernisieren durch die Verbesserung der Sicherheit, der Behandlungskonzepte und der Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Haftanstalten. Durch die Stärkung der Sozialen Dienste der Justiz und der freiwilligen Straffälligen- und Bewährungshilfe soll eine Verbesserung der Wiedereingliederung, der Nachsorge und des Übergangsmangements erreicht werden. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt der Stärkung des Zeugen- und Opferschutzes, dem Ausbau der Opferbetreuung und der Fortführung des Täter-Opfer- Ausgleichs, insbesondere für Jugendliche.
- In der vergangenen Legislaturperiode haben wir effiziente Gerichtsstrukturen geschaffen. Jetzt gilt es, unter Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit, alle Möglichkeiten der Verfahrensbeschleunigung zu nutzen.

5.9 Konsequenz gegen Rechtsextremismus

Jede Form von Extremismus gefährdet die Demokratie. Alle politischen und religiösen Extremisten lehnen den demokratischen Verfassungsstaat ab und richten ihre Bestrebungen gegen das Grundgesetz sowie die freiheitlich demokratische Grundordnung.

Die SPD hat in Regierungsverantwortung deutliche Impulse gesetzt, um Initiativen gegen Rechtsextremismus zu stärken und entschieden gegen rechte Straftaten und verfassungsfeindliche Bestrebungen vorzugehen. Diese Ansätze wird eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, Gewerkschaften, Kirchen, Migrantenorganisationen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern entschlossen fortsetzen und so dazu beitragen, dass Sachsen-Anhalt Weltoffenheit und Demokratie glaubwürdig verkörpert.

- Wir wollen das Landesnetzwerk für Demokratie und Toleranz, die Landesinitiative „Hingucken und Einmischen!“ und lokale Bürgernetzwerke fortführen und stärken.
- Wir treten Bestrebungen der schwarz-gelben Bundesregierung entschieden entgegen, die entsprechenden Mittel der Bundesprogramme zu kürzen oder ihnen durch eine inhaltliche Umsteuerung zur allgemeinen „Extremismusbekämpfung“ die Stoßrichtung gegen Rechtsextremismus und gegen Rassismus zu nehmen.
- Die bislang von Bund und Land gemeinsam finanzierten Opferberatungsstellen und mobilen Beratungsteams müssen als dauerhafte Aufgabe abgesichert werden.
- Schule und Jugendarbeit müssen im Hinblick auf ihren Einsatz für Demokratie, Weltoffenheit und kulturelle Vielfalt weiterentwickelt werden. Das Schulnetzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ist dazu ein wichtiger Beitrag und soll in Sachsen-Anhalt konsequent weitergeführt und um eine Initiative zur Demokratisierung der Schule ergänzt werden.

- Die Potenziale der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt wollen wir verstärkt nutzen, um insbesondere Schülerinnen und Schüler über den Nationalsozialismus und die SED-Diktatur aufzuklären.
- Wir haben keinen Zweifel, dass die NPD eine aggressiv-kämpferische Grundhaltung gegenüber unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung hat. Deshalb wird die SPD das Verbot der NPD konsequent weiterverfolgen.
- Wir werden den Medienpreis „Rechtsextremismus im Spiegel der Medien“ als renommierte bundesweite Auszeichnung für Journalisten weiterführen.

5.10 Sachsen-Anhalt: Stark im Sport

Die SPD steht für ein starkes Sportland Sachsen-Anhalt, für die Förderung von internationalen Spitzenleistungen sowie für flächendeckende Breitensportangebote. Eine effiziente Förderung von Spitzen- und Breitensport muss auf Dauer aufrechterhalten bleiben, nur so kann der Sport seine gesellschaftlichen und sozialen Funktionen weiterhin erfüllen.

- Nach zwei Übergangsjahren gehört die Administration der Sportförderung wieder in die Hände des LSB, der - unterstützt durch die Landesverwaltung - wieder für alle drei Säulen der Förderung - institutionell, Projekte, Vereine - zuständig sein soll.
- Die SPD steht für eine verlässliche Finanzierung des LSB bei gleichzeitiger Erfüllung der Konsolidierungsaufgaben. Die Förderung von Landesfachverbänden, Kreis- und Stadtsportbünden und Vereinen ist zu verstetigen.
- Für den Breitensport sind ehrenamtliche Übungsleiter unerlässlich. Es sind entsprechende Anreize für deren Gewinnung sowie für Weiterbildung zu schaffen.
- Der Nachwuchs-Leistungssport bleibt Schwerpunkt der Förderung. Olympiastützpunkte, Leistungszentren, Eliteschulen des Sports und die Sportinternate werden weiterhin unterstützt. Das "Juniorteam Olympia" wird fortgeführt.
- Weitere Schwerpunkte der Sportförderung liegen in der Unterstützung des Behindertensports, der Stärkung des Schulsports und der Förderung des Übergangs von der Schule in den Sportverein, vor allem durch Fortführung des Projektes "Sport in Schule und Verein".
- Wir sorgen dafür, dass die notwendigen Investitionen in bestehende oder neue Sportstätten weiterhin stattfinden.
- Spitzensport in Sachsen-Anhalt muss dopingfrei sein. Wir unterstützen deshalb den Landessportbund (LSB) und die Landesfachverbände bei ihren präventiven Anti-Doping-Aktivitäten.

5.11 Kulturland Sachsen-Anhalt erhalten

Die Aufrechterhaltung und Pflege eines vielfältigen und hochwertigen kulturellen Angebotes ist mit entscheidend für das Bild der Bürgerinnen und Bürger von Sachsen-Anhalt und für ihre Identifikation mit ihrer Region und dem ganzen Land. Kunst und Kultur sind wichtige Wirtschaftsfaktoren.

- Wir stehen zur öffentlichen Förderung von Kunst und Kultur. Wir wollen, dass sich mehr Bürgerinnen und Bürger in und außerhalb von Vereinen in das kulturelle Leben einbringen und selber aktiv werden.
- Wir werden zusammen mit den kulturellen Einrichtungen, Verbänden und Trägern die Leitlinien zur Kulturpolitik zu einem Landeskulturkonzept weiter entwickeln.
- Um einen weiteren Rückzug der Kultur aus der Fläche zu vermeiden, muss die Kulturförderung des Landes sowohl der besonderen Bedeutung der Zentren als auch den kulturellen Ansprüchen in der Fläche Rechnung tragen.

- Der Zugang zu kulturellen Angeboten und zur Kultur muss jedem möglich und darf keine Frage des Geldbeutels sein. Insbesondere Kindern und Jugendlichen wollen wir den Zugang zur Kultur erleichtern. Wir unterstützen die Entwicklung der Kultureinrichtungen zu außerschulischen Lernorten und die Bemühungen von Trägern für einen kostenfreien Eintritt von Kindern und Jugendlichen in Kultureinrichtungen.
- Die SPD wird den Theatern und Orchestern mit Hilfe von Zuwendungsverträgen auch zukünftig Planungs- und Finanzierungssicherheit bieten. Dazu bedarf es einer verlässlichen Partnerschaft mit den kommunalen Trägern und eines langfristigen Förderkonzeptes.
- Wir werden wir uns für die Förderung des musikalischen Nachwuchses einsetzen. Dafür werden wir die Musikschulen im Land stärken.
- Die SPD steht für die Pflege und Weiterentwicklung der vielfältigen und attraktiven Museumslandschaft in Sachsen-Anhalt.
- Die öffentlichen Bibliotheken sollen auch weiterhin verlässliche Rahmenbedingungen vorfinden. Zudem werden wir die Landesliteraturförderung und die Leseförderung in Zusammenarbeit mit Schulen konzeptionell weiter entwickeln.
- Die Sicherung, Digitalisierung und Verbreitung des kulturellen Erbes von Museen, Bibliotheken und Archiven im Internet ist eine wichtige kulturelle Zukunftsaufgabe. Die SPD stärkt entsprechende Netzwerke, um die Teilhabe Sachsen-Anhalts an nationalen und internationalen Internet-Portalen zu gewährleisten.
- Das Jubiläum „800 Jahre Anhalt“ sowie das Krönungsjubiläum Kaiser Ottos I. 2012, das Reformationsjubiläum 2017 und das Bauhaus-Jubiläum 2019 sind Beispiele für herausragende Kulturereignisse in Sachsen-Anhalt. Wir wollen, dass die Landesregierung die regionalen Akteure bei der Ausstattung und Ausgestaltung unterstützt.

5.12 Sachsen-Anhalt braucht Zuwanderung, Integration und Vielfalt

Zuwanderung und Integration sind Zukunftsthemen für unser Land. Sachsen-Anhalt braucht Zuwanderung, um den Bevölkerungsschwund aufzuhalten und Fachkräfte zu gewinnen. Sachsen-Anhalt braucht ausländische Studierende, Wissenschaftler und Kulturschaffende, um die Attraktivität von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur zu verbessern. Sachsen-Anhalt braucht gelebte Vielfalt und ein weltoffenes Klima, um das Leben in Sachsen-Anhalt attraktiver und ausstrahlungsfähiger zu machen.

- Wir fördern weiterhin die interkulturellen Begegnungszentren und treten ein für die interkulturelle Öffnung von öffentlichen Einrichtungen und Verwaltungen durch Fortbildungen, Sensibilisierung und Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund.
- Wir wollen, dass Migranten, die sich seit 5 Jahren legal in Deutschland aufhalten, an Kommunalwahlen beteiligen können.
- Wir wollen den Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt durch gezielte Fördermaßnahmen verbessern und befürworten die gleichberechtigte Anerkennung gleichwertiger ausländischer Abschlüsse.
- Wir stärken Partizipation und Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten, insbesondere durch Förderung des Landesnetzwerks der Migrantenselbstorganisationen (LAMSA).
- Wir verbessern die Situation von Flüchtlingen, insbesondere durch dezentrale Wohnungsunterbringung.

5.13 Sachsen-Anhalt: Selbstbewusst mitten in Europa

Unser Land hat von Europa profitiert. Viele Investitionen der vergangenen zwei Jahrzehnte wären ohne die Unterstützung durch die EU nicht möglich gewesen. Die SPD steht zur Europäischen Union und zum Lissabonvertrag und unterstützt die EU-2020-Strategie. Wir werden alle unser Land betreffenden Entscheidungen in Brüssel intensiv begleiten.

- Angesichts der enormen Bedeutung der EU-Mittel für Sachsen-Anhalt darf es keinen Abbruch der europäischen Regionalförderung nach 2013 geben. Die Strukturfondsmittel (EFRE, ESF, EAGFL) müssen für eine weitere sechsjährige Periode gezahlt werden.
- Diese Mittel werden wir weiterhin vorrangig für die Förderung der Wirtschaft, für die Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten, für die Verbesserung der Breitbandversorgung und für den Umweltschutz einsetzen.
- Die Beteiligung des Landes an Projekten der europäischen Forschung innerhalb des 7. Forschungsrahmenprogramms der EU muss verstärkt werden.
- Neben den Strukturfonds haben Gemeinschaftsinitiativen wie LEADER oder INTERREG besondere Bedeutung für das Land und müssen erhalten bleiben.
- Wir wollen, dass sich die EU stärker bei der Bewältigung des demographischen Wandels engagiert. Sachsen-Anhalt soll dabei auch von guten Erfahrungen anderer Regionen in der EU profitieren.
- Wir setzen uns für den Ausbau der interregionalen Zusammenarbeit und für weitere Städtepartnerschaften ein, denn Europa muss erlebt werden. In europäischen Netzwerken, von denen unser Land profitieren kann, werden wir weiterhin mitarbeiten.

AUFRUF: WÄHLEN GEHEN!

Freie Wahlen gehören zu den wichtigsten Errungenschaften der friedlichen Revolution 1989/90. Bei der letzten Landtagswahl 2006 aber hat noch nicht einmal mehr die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts von diesem Wahlrecht Gebrauch gemacht.

Wir wollen, dass sich das bei der Landtagswahl 2011 nicht wiederholt. Wir werben für eine hohe Wahlbeteiligung und um Ihre Stimme für die SPD, denn wir wollen eine möglichst breite Unterstützung für die Politik, die wir für richtig halten – eine realistische, finanzierbare Politik für mehr Gerechtigkeit in Sachsen-Anhalt.